

Bezugpreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark vorwärts abwärts.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“ mit „Stellung und Meinungen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und freizeitspendende „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einfachste Anzeigenzeile 10 Pfennig, Restzeilen 5,- Reichsmark.

Karten für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, übergeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 29. Mai 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin SW 68 - Verkaufsstelle: Post der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diebstahls-Gesellschaft, Dönhofsstraße 12.

Landbund und Stahlhelm.

Gelder für „militärische Betätigung“.

Wir veröffentlichten vor einiger Zeit ein Schreiben des Pommerischen Landbundes, Kreisgruppe Stolp, aus dem hervorging, daß die Landbändler, die vorgeben, das nötige Geld für die Steuern nicht aufbringen zu können, für politische Bestrebungen Summen auswerfen, mit denen die Steuerbeträge bequem gedeckt werden könnten.

Pommerischer Landbund.
Kreisgruppe Stolp.
Tgl. Nr. 243/IV.

Stolp, den 12. Mai 1926.

An die Herren Mitglieder der Arbeitgebergruppe.
Die Zeitung des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, Kreisgruppe Stolp, ist an uns mit der Bitte herangetreten, in den Kreisen unserer Mitglieder durch eine Geldsammlung die Bestrebungen des Stahlhelms zu unterstützen.

Wir bitten daher unsere Mitglieder, sich erneut für den Gedanken der Wehrhaftmachung unseres Volkes durch Ueberweisung eines angemessenen Betrages betätigen zu wollen.

erfolgte Ueberweisung bitten wir, uns auf der anliegenden Postkarte mitteilen zu wollen.

gez. Stier, Geschäftsführer.

In dem Schreiben wird hervorgehoben, daß der Stahlhelm beabsichtigt, seine militärische Betätigung wieder aufzunehmen. Die Gelder, die von den Mitgliedern des Landbundes angefordert werden, werden ausdrücklich für diesen Zweck in Aussicht genommen.

Es ist außerdem ein Beweis dafür, wie wenig sich seit den Tagen der schwarzen Reichswehr geändert hat. Der Landbund war der Geldgeber der schwarzen Reichswehr. Mitglieder des Landbundes waren es, die darauf hinarbeiteten, die schwarze Reichswehr in das Abenteuer eines gewaltigen Umsturzes hinein zu dirigieren.

Die Gefahren, die sich aus einem Zusammengehen zwischen Landbund und Stahlhelm zwecks militärischer Betätigung ergeben, liegen auf der Hand. Es ist die Pflicht des Staates, sich derartige Bewegungen nicht über den Kopf wachsen zu lassen.

Mittelmeermächte und Marokko.

Diplomatische Folgen des franko-spanischen Sieges.

Abd el Krims Unterwerfung ist nun endgültig vollzogen. Der militärische Feldzug im Rifgebiet ist damit für die Franzosen und die Spanier so gut wie beendet, denn die wenigen Stämme, die einstweilen noch im Gebirge den Guerillakrieg fortsetzen dürften in Ermangelung eines anerkannten Führers und jeglicher Verbindung mit der Küste ebenfalls bald zur Kapitulation gezwungen werden.

Aber der große Unterschied zwischen der Eroberung Algiers und Marokkos liegt darin, daß Frankreich, als es vor nahezu hundert Jahren in Nordafrika Fuß faßte, freie Hand besaß, weil es damals keine Nebenbuhler hatte.

Ganz anders liegen die Dinge in Marokko, dessen Eroberung von Anfang an, d. h. seit den neunziger Jahren, nicht nur mit militärischen, sondern auch mit diplomatischen Hindernissen verbunden gewesen ist.

Militäraufstand in Portugal.

Die Regierung redet wie Vitoš.

Lissabon, 28. Mai. (WZB.) Hier ist eine neue Militärevolte ausgebrochen. Zwei Divisionen, die eine im Norden, die andere im Süden, haben gemaßregelt.

Die Verbindung zwischen der Hauptstadt und dem Innern des Landes ist wegen des Militäraufstandes unterbrochen. Der Kommandant der meuternden Truppen richtete an die Bevölkerung einen Aufruf.

Unzufriedenheit mit Briand.

Auch in der Gerrist-Partei.

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Verkauf der Kammerführung am Donnerstag hat in den Reihen der Radikalsozialen Partei eine lebhafteste Unzufriedenheit über die Haltung des Kabinetts hervorgerufen.

Amerika und unser Stahlruß.

Deutsche Konzessionen notwendig.

New York, 28. Mai. (WZB.) Ein Vertreter der amerikanischen Importeure weist zurzeit in Washington, um dort über die Anwendung des Zuschlaggesetzes auf die Einfuhr von Stahl und Eisen aus Deutschland zu verhandeln.

Die „Reinhaltung“ des Faschismus.

Neuaufnahmen verboten.

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der „Corriere degli Italiani“ veröffentlicht das faschistische Parteidekret, in dem erklärt wird, daß die Parteimitglieder endgültig geschlossen sind.

Worüber die Presse zu schweigen hat.

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der „Corriere degli Italiani“ ist in der Lage, Angaben über die fortlaufenden Instruktionen zu machen, die von der faschistischen Regierung an die Pressen gerichtet werden, um die Veröffentlichung von unbehaglichen Nachrichten durch die Presse zu verhindern.

Ebenso ist den Blättern untersagt worden, über die Entstehung von Unregelmäßigkeiten in der Turiner Druckerei Carte-Volant, einem staatlichen Unternehmen, sowie über die Verhaftung eines Mannes zu berichten, der falsche Schecks und Staatspapiere in diesem faschistischen Staatsbetrieb herstellen ließ.

Während Spanien, unter der Hand von England und Deutschland ermüdet, einen direkten Anspruch auf einen Teil von Marokko erhob, verlangten sowohl England wie Deutschland und Italien Gegenleistungen dafür, daß sie Frankreich freie Hand in Marokko ließen.

Durch den Weltkrieg und durch den Versailler Vertrag ist Deutschland aus der Reihe der am Schicksal von Marokko direkt interessierten Mächte ausgeschieden. Das mag zwar für die Alldeutschen und für einige Industrielle à la Mannesmann schmerzhaft sein, für das deutsche Volk, das nach der Taugenrederei Wilhelms II. im Jahre 1904 und nach dem „Panther“-Sprung von Agadir im Jahre 1911 beinahe in einen europäischen Krieg verwickelt worden wäre, ist es ein Glück, daß es wegen Marokko nicht mehr riskiert.

20. Januar 1925 enthaltene Voranschlag die ursprünglichen Einnahmen erheblich korrigiert hatte, und zwar zu einer Zeit, in der der größte Teil des Rechnungsjahres bereits abgelaufen war. Nach dem im August aufgestellten Voranschlag für das Jahr 1925 hätte sich ein wesentlich anderes Bild ergeben. Die Massenbelastung hätte diesen Voranschlag um 600 Millionen übertraffen, während ihn die Befreiung nur gerade erreicht hätte.

Von Bedeutung für den Finanzausgleich ist, daß die Ueberweisungen an Länder und Gemeinden im Rechnungsjahr 1925 nur 88 Millionen Mark geringer waren als im Rechnungsjahr 1924, obgleich die gesamten Steuereinnahmen des Reichs 1925 um 455,6 Millionen Mark niedriger waren als 1924. Die Steuerermäßigungen im vergangenen Jahre sind also zum größten Teil zu Lasten des Reichs gegangen. Ebenso sind aus dem Befreiungsüberschuß von 85,8 Millionen Mark gegenüber den Haushaltsansätzen den Ländern 64 Millionen Mark zugeflossen, während dem Reich nur ein Reibetrug von 21,7 Millionen Mark verblieben ist. Dies erklärt sich vor allem aus dem großen Ueberschuß der Lohnsteuer, die den Ländern und Gemeinden zu 75 Proz. zuzieht.

Aus der Uebersicht ergibt sich ferner, daß auf Grund des Steuerüberleitungsgesetzes bei der veranlagten Einkommensteuer Erstattungen in Höhe von 4,6 Millionen Mark und bei der Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 Millionen Mark erfolgt sind. Dagegen werden keine Angaben gemacht, wie hoch die Erstattungen bei der Lohnsteuer auf Grund des Steuerüberleitungsgesetzes gewesen sind. Da gerade eine solche Nachweisung wertvolle Rückschlüsse auf den Umfang der Lohnsteuererstattungen ermöglicht und da diese Erstattungen längst abgeschlossen sein dürften und die erforderlichen buchmäßigen Nachweisungen vorhanden sind, muß verlangt werden, daß das Reichsfinanzministerium diese Uebersicht noch nachträglich veröffentlicht.

Völkisches Schulbekenntnis.

Die Wullepartei publiziert Gerichtsakten.

Die Völkische Fraktion des Landtags veröffentlicht (zum Beweis der Anschuldigung Wulle-Rube-Ahlemann!) aus den Gerichtsakten die erste Aussage Grütte-Lehders. Sie hebt besonders folgenden Passus hervor: „Ich will erklären, daß ich diesen Mann mit voller Ueberzeugung getötet habe. Die deutsch-völkische Freiheitsbewegung, der ich mich angeschlossen habe, hat mit dieser meiner Tat nicht das geringste zu tun,“ und läßt durch DZ. erklären:

Weiter veröffentlicht die völkische Fraktion einige Beweisstücke der Rechtsvertreter des Robert Grütte-Lehder in seiner Strafsache. Sie beantragen u. a. die Abgabe des Oberstenanwalts A. D. Ahlemann, des Abg. Wulle und der Reichstagsabg. Graf Reventlow und v. Graefe. Es wird dabei erklärt: „Die Verteidigung kann keineswegs die Behauptung aufstellen, daß etwa die genannten Herren Auftrag oder auch nur Billigung der Tötung hätten zu erkennen geben wollen. Doch wird ihre Aussage vielleicht ergeben müssen, daß der Angeklagte in seinem Janatismus sich einen derartigen Auftrag eingebildet hat.“

Es muß seltsam berühren, daß die völkische Fraktion es sich erlauben kann, aus den Gerichtsakten zu publizieren. Im übrigen ist die Veröffentlichung eher ein Schulbekenntnis als ein Plädoyer für einen Unschuldigen. Es verhält sich im Fall Wulle-Rube-Ahlemann wie im Fall Claß-Hugenberg. Das aufgeregelte Wesen der Ertrappen, die das Ergebnis der Untersuchung nicht abwarten können, verrät das, was es verheimlichen soll: das schlechte Gewissen.

In seiner Zeugenaussage vor dem Gemeindefuß des preußischen Landtages hatte der Fremdmörder Grütte-Lehder u. a. auch erklärt, daß der erschossene Dammers in Korrespondenz mit dem Rathenau-Mörder Tschow gestanden habe. Darauf hatte der ältere der beiden Brüder Tschow an den Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages einen Brief geschrieben, in dem er Grütte-Lehder als einen Schwindler bezeichnete. Er, Tschow, habe wohl von Dammers Briefe bekommen, aber er habe diese Briefe nur einmal dahin beantwortet, daß er eine Korrespondenz mit Dammers nicht wünsche. Mit diesem Brief hat die Völkische Freiheitspartei große Reklame gemacht, um die Unglaubwürdigkeit Grütte-Lehders darzutun.

Trotzdem ist die Aussage Grütte-Lehders vollkommen richtig. Der erschossene Dammers hat in der Tat mit einem der beiden Rathenau-Mörder in Verbindung gestanden, allerdings mit dem jüngeren Tschow. Dieser hat aus der Strafanstalt Wohlau über seine in Berlin wohnende Mutter mit Dammers eifrig korrespondiert. Dammers hat dem jüngeren Tschow völkische Zeitungen und Zeitschriften zugesandt, wofür sich dieser z. B. in einem Brief vom 10. November 1923 bei Dammers in äußerster herzlichen gehaltenen Worten bedankt und gleichzeitig der Erwartung Ausdruck gegeben hat, auch schriftliche Nachrichten von Dammers zu bekommen. Mit diesem Briefe erledigt sich das Dementi des älteren Tschow.

„Wiel zu schonend“?

Die gesamte Rechtspreffe schrie nach einem Verbot der kommunistischen Pfingstdemonstration, da die Gefahr von Unruhen vorliege. Die Unruhen sind ausgeblieben. „Die Gefahr bleibt,“ sagt die Rechtspreffe und fordert weiter Gewaltmaßnahmen gegen die kommunistische Partei. Sie findet die befremdliche Haltung der Polizeidirektoren standlos. Man geht nach ihrem Geschmack „wiel zu schonend“ vor.

Das Geschrei der Rechtspreffe wird nicht verhindern, daß dank der Besonnenheit der Polizei die Ruhe bewahrt bleibt. Aber wie ist es auf dem Lande, wo die Anhänger der Rechtspreffe das Übergewicht haben. Die Winzerunruhen in Bernkastel haben den Landbund anscheinend zu der Ueberzeugung geführt, daß das der richtige Weg ist, um die Dummheit auf die Wünsche und Forderungen der Landwirte aufmerksam zu machen. Der Brandenburgische Landbund ließ Demonstrationen veranstalten, bei denen Forderungen mit dem Beschluß aufgestellt wurden, sie überall bei den Landrats- und Finanzämtern abzugeben. Bei der Abgabe dieser Forderungen kam es mehrfach zu Zusammenstößen. So versuchten nach einer Uebersicht, die uns zugegangen ist, in Neuruppin die Demonstranten in das Finanzamt einzudringen. Ein Aufgebot von Landjägern bemühte sich vergeblich, die Wölfe zurückzudrängen und mußten dann die Schutzmassen bereit halten. In Jauß-Bezirk wurden Drohungen gegen das Finanzamt ausgesprochen. In Krossen mußte das Katasteramt durch Landjäger gesichert werden und in Templin versuchten die Demonstranten in das von der Polizei besetzte Finanzamt einzudringen.

Wie wäre es, wenn man gegen die aufwieglerischen Landbündler einmal nach dem Rezept ihrer Presse vorginge? Das wird um so mehr erwogen werden müssen, als das offizielle Organ des Brandenburgischen Landbundes, „Der Brandenburgische Landbündler“, selbst zugibt: „Vorläufig haben wir unsere Mitglieder noch fest in der Hand... Ob das aber noch auf die Dauer der Fall sein wird, wenn nichts Durchgreifendes zur

Kultur und Arbeiterjugend.

Zweiter Tag des internationalen sozialistischen Jugendkongresses.

Amsterdam, 28. Mai. (Eigener Bericht.) Der zweite Sitzungstag des internationalen sozialistischen Jugendkongresses wurde mit Olfenhausers Referat über „Die Bedeutung der Kulturarbeit“ in der sozialistischen Jugendbewegung für den Sozialismus eröffnet. In großen Zügen legte der Referent die Bedeutung der kulturellen Tätigkeit für die Jugend wie für die gesamte Arbeiterklasse dar. Es handelt sich dabei nicht allein um Vermittlung intellektuellen Wissens oder um körperliche Schulung, sondern in erster Linie um Schöpfung einer feilschen und geistigen Haltung, die von der sozialistischen Weltanschauung durchdrungen sein soll. Es gilt den ganzen Menschen zu erfassen, ihn mit neuen inneren Werten zu erfüllen und ihn auch fähig zu machen, nach außen hin für dieses neue Fühlen und Streben entsprechende Ausdrucksformen zu finden. Diese innere Haltung wird durch den Gemeinschaftsgeist bestimmt, der der Kampf des Proletariats für den Sozialismus in diesem auslöst. Der Sozialismus, der stark genug war, der Arbeiterklasse viele Errungenschaften auf politischen und wirtschaftlichen Gebieten zu bringen, wird auch mächtig genug sein, für sie auf kulturelle Gebiete die Bedingungen zu erzeugen, die notwendig sind, um den neuen Menschen zu schaffen. Die Entfaltung dieses neuen Menschen muß aber mit der politischen Machtentfaltung der Arbeiterklasse Schritt halten. Bilde für die frühere Generation die Erlämpfung der politischen Rechte das Ideal, das ihr vorleuchtete, so muß für die jetzige Generation

der Sozialismus als Gemeinschaftsleben

das Ideal sein, das sie in ihrem Tun und Lassen begeistert nach dem Worte Kautskys: „Die neue Generation ist die Vollendung.“ Die kulturelle Tätigkeit der S.S. steht vor der Aufgabe, der Arbeiterjugend die Wege zu weisen, die das Erleben des Sozialismus ihr bereits heute ermöglichen würden. Gleichzeitig wird darauf hingearbeitet werden müssen, daß diese Auffassung von sozialistischen Menschen als der Träger der neuen Gesellschaft auch fester Besitz der erwachsenen Arbeiterklasse werde, und daß die Durchdringung der Arbeiterjugend mit sozialistischer Gesinnung nicht nur die Elite erschaffe, sondern auch die große Masse derselben. Es gilt Jugend nicht allein mit Rossenbewußtsein, sondern auch mit Klassenstolz zu erfüllen — einem Klassenstolz, der dem Willen um die große Kulturarbeit entspringt, die der Arbeiterjugend brennt.

Im Anschluß an das Referat entstand eine rege

Diskussion.

Gen. Kanih-Wien bezweifelte, daß der sozialistische Mensch in der heutigen Gesellschaft möglich sei. Die Aufgabe der kulturellen Arbeit erkläre er in der Erziehung für den Kampf um den Sozialismus. Es scheine manchmal, als seien die Arbeitsmethoden der sozialistischen Arbeiterjugend nicht auf die Erfahrung der Massen der jungen Menschen berechnet. Es fragt sich ferner, inwiefern diese Methoden der Partei zugute kommen. Man wird in Zukunft versuchen müssen der Psychologie der Jugend in höherem Maße gerecht zu werden.

Gen. Cipinski von den Jungsozialisten bezeichnete als wichtigste Aufgabe, Menschen mit neuer höherer Kultur zu schaffen. Dieses sei aber nur durch die Pflege einer kämpferischen Gesinnung innerhalb der Jugend möglich. Ferner meinte er, daß viele Ausdrucksformen der Arbeiterjugend durchaus nicht zukunftsweisend oder sozialistischen Wert besäßen. Deshalb sind auch sie nicht geeignet, der Arbeiterklasse neuen geistigen Schwung zu gewähren.

Chundak-Georgien konstatierte, daß man bei den Arbeitsmethoden stets dessen eingedenk sein muß, daß die Klassenmoral des Proletariats mit der wahren Menschheitsmoral zusammenfällt. Westphal-Berlin erwiderte den Beweis für die Richtigkeit der kulturellen Arbeitsmethoden der S.S. darin, daß die Gewerkschaftsjugend wie die kommunistische Jugend sich diese jetzt zu eigen machen. Zugabe sei, daß der Erfolg der Arbeit der S.S. für die Partei vorläufig noch ungenügend ist.

Codert-Polen unterstrich die Doppelfunktion der Arbeiterjugend, die aus der Uebergangszeit entspringt, in der die Arbeiterklasse augenblicklich steht. Einerseits ist sie durch die bürgerliche Gesellschaft gebunden, andererseits wächst sie feilsch in den Sozialismus hinein.

Vinderung der landwirtschaftlichen Kollage geschieht, bezweifeln wir.“ Unter diesen Umständen könnten sich gelegentlich aus dem militärischen Zusammenspiel zwischen Stahlhelm und Landbund Weiterungen ergeben, denen vorgebeugt werden muß.

Die Durchführung des Volksentscheids.

Weitere preussische Ausführungsbestimmungen.

Aus den Ausführungsbestimmungen, die der preussische Minister des Innern für die Abstimmung am Sonntag, den 20. Juni d. J., erlassen hat, teilt der Amtliche Preussische Pressedienst weiter die folgenden mit:

Stimmkreise und Abstimmungsleiter.

Die Reichstagswahlkreise gelten als Stimmkreise. Für jeden Stimmkreis ist ein Abstimmungsleiter und ein Stellvertreter zu ernennen und ein Abstimmungsausschuß zu bilden. Für die Ernennung der Abstimmungsleiter und die Bildung der Abstimmungsausschüsse gelten die allgemeinen Vorschriften der Reichstagsordnung (§§ 24, 26, 29). Es wird sich empfehlen, sofern nicht besondere Gründe eine andere Entschliessung rechtfertigen, die Abstimmungsleiter des Eintragungsvorgangs wieder zu Abstimmungsleitern zu bestellen. Die im Betrach kommende Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten werden ersucht, sofort die Ernennung in die Wege zu leiten und durch das Regierungsamtblatt öffentlich bekanntzumachen. Bemerkung wird, daß eine Bestellung von Verbandswahlleitern und Verbandswahlkreisen nicht in Frage kommt, da für solche Organe im Rahmen des Volksentscheids kein Raum ist.

Bekanntmachungen der Gemeinden.

Die von den Gemeindebehörden vor der Auslegung der Stimmzettel (Karteln) zu erlassende ortsübliche Bekanntmachung bleibt unverändert; dagegen ändert sich die vor der Abstimmung zu erlassende Bekanntmachung folgendermaßen:

„Die Gemeindebehörden machen spätestens drei Tage vor der Abstimmung in ortsüblicher Weise bekannt die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Lage des Abstimmungsraumes, Tag und Stunde der Abstimmung, außerdem das im Stimmzettel amtlich hergestellte und am Abstimmungstag im Abstimmungsraum den Stimmberechtigten ausgehändigt werden und wie die Stimmabgabe auf dem Stimmzettel erfolgt.“ Die Gemeindebehörden haben diese Änderungen zu beachten. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit „Ja“, der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit „Nein“ bezeichnete Viereck durchkreuzt.

Die Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften.

Es ist mehrfach vorgekommen, daß Personen am Verteilen von Druckschriften, die sich auf das Eintragungsvorgehen für ein Volksbegehren „Enteignung der Fürstentümer“ bezogen, polizeilich gehindert worden sind, weil sie die im § 43 RGO. vorgeschriebenen polizeilichen Legitimationsformulare nicht vorweisen

Kara-Tschepostowalei warnte vor Ueberschätzung der Werbetaft der kulturellen Arbeit.

Damit ist die Diskussion erschöpft. Nach der Mittagspause hielt

Gen. Kimm-Wien

sein Referat über „Internationalen und nationalen Kampf für unser Jugendprogramm“. Es sei an der Zeit, im Augenblick die Mindestforderungen aufzustellen, die zu erfüllen sind, und die Möglichkeiten ihrer Erfüllung zu prüfen. Diese wesentlichen Forderungen sind die Organisation und der Ausbau der Berufsberatung, die gesetzliche Festlegung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden bzw. Sicherung des Achtstundentages, die Gewährung eines Erholungsurlaubes für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre und die Kontrolle des Lehrlingswesens durch Lehrlings- und Jugendinspektoren aus dem Stande der Arbeiter. Es gilt, ungeachtet der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, in allen Ländern Komitees aus Vertretern der Partei, der Gewerkschaften, der Gewerkschafts- und der sozialistischen Jugend ins Leben zu rufen, um den Lehrlings- und Jugendschutz praktisch zu betätigen. In der Zusammenarbeit mit dem IGB., der S.S. und dem internationalen Arbeitsamt wird es den Komitees möglich werden, fruchtbringende Arbeit zu leisten. In den Schlusssätzen gibt der Referent dem Gedanken Ausdruck, daß die S.S. vor der Aufgabe steht, Menschen zu schaffen, die in der Lage sein sollen, im erforderlichen Augenblick aktiv in den Produktionsprozeß einzugreifen. Nach einem kurzen Referat des Gen. Pitt Doogd-Holland über die

„Reform des Berufsschulwesens“.

In dem er den obligatorischen Besuch der Berufsschule für Lehrlinge, sowie Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, die Einrechnung der Pflichtschulzeit in die Arbeitszeit, den Ausbau der Berufsschule, ihre Umgestaltung zur Arbeitsschule, ihre Durchbringung mit den Grundlagen der Jugendpflege und Jugendbewegung, forderte, versprach Gen. Sassenbach im Namen der S.S. und Gen. Crispian im Namen der S.S. die volle Unterstützung der Berufsschulforderungen.

Gen. de Rhode erklärte im Namen des internationalen Arbeitsamtes, daß dieses stets bereit war, die sozialistische Jugendbewegung zu unterstützen. Selbstverständlich sind dem Einflußbereich des Arbeitsamtes gewisse Grenzen gesetzt; diese werden durch den Einfluß der Arbeiterklasse in den Staaten selbst gegeben. Dies hat sich bei der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gezeigt. Die S.S. wird gemeinsam mit dem IGB. und der S.S. dafür zu sorgen haben, daß die Beschlüsse des internationalen Arbeitsamtes auch durchgeführt werden.

Nach einer lebhaften Diskussion vertagte sich der Kongress auf Freitag.

Amsterdam, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der internationale Jugendkongress beendete am Freitag seine Aussprache über das Jugendprogramm, worauf in Stockholm, Stockholm und Telford-England über internationale Zusammenarbeit der Jugend als Mittel sozialistischer Friedenspolitik referierten.

Arbeiterjugend und Anschluß.

Köln, 28. Mai. (Mit.) Auf ihrer Durchreise durch Köln wollten gestern mehrere hundert Jugendliche aus Oesterreich, die an der internationalen Zusammenkunft in Amsterdam teilgenommen hatten, in Köln. Bei einer Abendveranstaltung im Volkshaus betonte der deutsche Reichstagsabgeordnete Soffmann, daß trotz aller Hemmnisse das große Ziel der staatlichen Einigung aller deutschsprechenden Stämme erstrebt werden müsse. Die Abschiedsveranstaltung bildete ein Bekenntnis für den Anschlußgedanken Deutschösterreichs an Deutschland. Die Oesterreicher versicherten heute vormittag Köln, um sich nach Frankfurt zu begeben, von wo aus die Weiterreise nach Wien erfolgt.

Dieses formal gerechtfertigte Vorgehen der Polizei könnte als Beschränkung des durch Verordnung des Reichministers des Innern zugelassenen Volksbegehrens aufgefaßt werden. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, bestimmt daher der preussische Innenminister in einem Rundschreiben an alle Landes- und Ortspolizeibehörden, daß die Polizeibehörden die Vorschriften der §§ 3 und 4 des § 43 RGO., wonach die Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu den dort vorgesehenen Wahlzwecken von dem Erfordernis der polizeilichen Erlaubnis befreit ist, entsprechend auch auf Stimmzettel und Druckschriften in einem amtlich zugelassenen Volksbegehren und Volksentscheidverfahren anzuwenden haben.

Posener Autonomiestreben.

Lebhafte Propaganda.

Danzig, 28. Mai. (Mit.) In den ehemals preussischen Landesstellen Polens treten neuerdings Bestrebungen zur Erlangung der Autonomie hervor, die sich aus der Gegenfälligkeit der in Polen dominierenden Reichsradikalen zur Regierung Polubski erklärten. Begründet werden diese Forderungen mit dem kulturell und wirtschaftlich höheren Niveau der ehemals deutschen Gebiete gegenüber dem Teil einstmalig russisch-polen. Rechtsanwalt Dr. Dowski in Thorn stellt in einem Artikel in dem „Głos Pomorski“ (Pommersches Wort) die Forderung nach Selbstverwaltung für die Westgebiete auf und umgrenzt sie des näheren. Danach soll die Selbstverwaltung freilich nur gelten für Verwaltung, Steuer, Landwirtschaft und Agrarreform. Die Westgebiete sollen einen besonderen Sejm und ein eigenes Ministerium erhalten, das der Staatspräsident im Einverständnis mit dem Sejm ernannt und das nur dem Sejm in Polen verantwortlich ist.

Das litauische Wahlergebnis.

Vorausichtlich Bildung einer Linkeregierung.

Kowno, 28. Mai. (Mit.) Nach Mitteilungen der Obersten Wahlkommission sind bei den Sejmwahlen am 8., 9. und 10. Mai gewählt worden: Von den bisherigen Regierungsparteien 14 Christliche Demokraten, 11 Bauernbündler und 5 Mitglieder der Arbeitsföderation. Dem stehen gegenüber 22 Volkssozialisten, 15 Sozialdemokraten, 5 Remelländer (Deutschbürgerl.), 4 Polen, 5 Juden, 3 Nationalisten (Smetonpartei), 2 Mitglieder der Landwirtschaftspartei Wleka und 1 Deutscher. Remelländer, Smetonpartei und Landwirtschaftspartei Wleka waren bisher im Sejm nicht vertreten. Die Deutschen haben einen Sitz verloren. Der neue Sejm soll zum 2. Juni einberufen werden. Die Regierungsbildung hat eine Klärung noch nicht erfahren. Die stärkste Fraktion, die Volkssozialisten, scheinen einer Koalition mit Gruppen der Rechten abgeneigt zu sein und auch die Christl. Demokraten haben anscheinend die Absicht, in der Opposition zu bleiben und die bisherige Opposition einmal regieren zu lassen.

Gewerkschaftsbewegung

Berufskrankheiten und Achtstundentag.

Wichtige Beschlüsse des Reichswirtschaftsrats.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Vorkläufigen Reichswirtschaftsrats hat in seinen Sitzungen vom 26. und 27. Mai eine Reihe bedeutsamer Beschlüsse gefasst. Er nahm Stellung zu der Einbeziehung gewisser von Berufskrankheiten in die Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten sowie zur Anwendung des § 7 der Arbeitszeitverordnung (der die Beschränkung auf höchstens acht Stunden täglich für gewisse gesundheitsgefährliche Berufe vorsieht), auf die Dampfesselbetriebe, die Aluminiumhütten und Glashütten.

Zum ersten Punkt lagen Berichte vor über die Einbeziehung 1. der weiblichen Berufskrankheiten, 2. der Erkrankungen infolge Vergiftungen durch Schwefelwasserstoff, 3. der Erkrankungen infolge Vergiftung durch Kohlenoxyd. Bezüglich der weiblichen Berufskrankheiten beschloß der Ausschuss mit 15 gegen 11 Stimmen, der Reichsregierung nachstehendes Gutachten zu übermitteln:

„Das Recht der Seemannsversicherung ist dahin abzuändern, daß Malaria, Typhus, Flecktyphus, Pest, Cholera, Gelbfieber und tropische Malaria wie Folgen von Unfällen entschädigt werden, nicht nur dann, wenn die Ansteckung im Betriebe, sondern auch, wenn sie bei einer Beurlaubung in eigener Sache an Land erfolgt. Eine Entschädigung findet nicht statt, wenn von der Ansteckung betroffene Seemann nachweislich vorjährig Ortsteile betreten hat, deren Auffassen wegen Krankheitsgefahr verboten war.“

Storbut und Beriberi sind als gewerbliche Berufskrankheiten zu betrachten. Für Erkrankungen an Malaria ist die Möglichkeit einer Gewährung von Uebergangsgrenten nach dem Vorbilde des § 6 der Verordnung vom 12. Mai 1925 zu schaffen.“

Der Ausschuss beschloß sodann mit großer Mehrheit, der Reichsregierung zu empfehlen, die chronischen Schwefelwasserstoffvergiftungen und die chronischen Kohlenoxydvergiftungen der Verordnung vom 12. Mai 1925 zu unterstellen und diese Vergiftungen infolgedessen ebenso wie die akuten Vergiftungen unfallentschädigungspflichtig zu gestalten.

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, den § 547 der Reichsversicherungsordnung wie folgt zu ändern:

„Die Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichsrats durch Verordnung bestimmte Berufskrankheiten bezeichnen. Solche Berufskrankheiten unterstehen der Unfallversicherung ohne Unterschied, ob sie durch ein plötzliches Ereignis (Unfall) oder durch eine länger dauernde oder wiederholte Einwirkung verursacht sind.“

Zum § 7 der Arbeitszeitverordnung beschloß der Ausschuss einstimmig folgende Arbeitergruppen der Dampfesselbetriebe in das Verzeichnis des § 7 der Arbeitszeitverordnung aufzunehmen:

„Die Kesselheizer in Kesselhäusern, die Aschelader und Aschefahrer innerhalb des Aschelagars, die Kesselreiniger. (Dieser Beschluß gilt auch für Kesselwärter, soweit deren Tätigkeit gleich derjenigen der Kesselheizer ist und deshalb nur eine andere Bezeichnung darstellt.)“

Ebenso einstimmig nahm der Ausschuss hierzu nachstehende Entschliebung an:

„Der Sozialpolitische Ausschuss des Vorkläufigen Reichswirtschaftsrats ersucht den Herrn Reichsarbeitsminister, bei Ausnahme von Arbeitern der Dampfesselbetriebe in das Verzeichnis der Arbeitszeitverordnung zeitlich begrenzte Ausnahmen für einschichtig betriebene Kesselanlagen vorzunehmen.“

Dem Vorschlag des Arbeitsausschusses, der Reichsregierung zu empfehlen, in den Aluminiumhütten die Ofenhausarbeiter

dem § 7 zu unterstellen, stimmte der Ausschuss mit 16 gegen 12 Stimmen zu.

Bei der Behandlung des Berichts des Arbeitsausschusses über die Arbeitszeitverhältnisse in den Glashütten wurde einstimmig beschlossen:

„Glasmacher an Maschinen, mit Ausnahme der vollautomatischen Maschinen, sind zu unterstellen; Arbeiter in Hosen- und Steinluben sind zu unterstellen, wenn in diesen die Trocknung der Hosen und Steine länger erfolgt, als es zu ihrer Transportfähigkeit in den eigentlichen Trockenraum notwendig ist.“

„Städter und Gießer sind allgemein zu unterstellen“ wurde mit Mehrheit angenommen. Gegen den letztgenannten Antrag stimmten die Arbeitgebervertreter geschlossen.

Gegen die vom Arbeitsausschuss beschlossene Unterstellung der Schmelzgehilfen, Schürer, Glasbläser, Glaspreller, Glasmacher ohne Maschinen, Einträger, Gemengemacher, sofern überwiegend mit Gemengemachen beschäftigt, Arbeiter an Rollergängen ohne genügenden Staubschutz,

SPD.-Metallarbeiter! Besucht eure Wahlkörperversammlungen!

sofern sie überwiegend daran beschäftigt sind, der Arbeiter, der Arbeiter am Sandstrahlgebläse ohne genügenden Staubschutz, sofern die Beschäftigung daran den überwiegenden Teil der Schichtdauer ausfüllt und der Raffschleifer sowie gegen die vom Arbeitsausschuss einstimmig beschlossene Unterstellung der Trockenschleifer wurde seitens des Sozialpolitischen Ausschusses Widerspruch nicht erhoben.

Einstimmige Annahme fand nachstehender Antrag:

„Zu den gefassten Beschlüssen, soweit sie sich nicht ausdrücklich auf den Hasenofenbetrieb beziehen, wird zusätzlich beschlossen, daß dem Herrn Reichsarbeitsminister anheim gestellt wird, für die Hasenofenbetriebe zeitlich befristete Ausnahmen bis zu einjähriger Dauer zuzulassen. Solche Ausnahme darf keinesfalls zu einer Erweiterung der bisherigen Arbeitszeit in diesen Betrieben führen.“

Mit diesen Beschlüssen hat der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats endlich den dringenden Forderungen der Arbeitergruppen der betreffenden Berufe, die zugleich im Interesse der Volksgesundheit liegen, Rechnung getragen. Der Reichsarbeitsminister wird hoffentlich nunmehr ohne weiteren Zeitverlust diese Beschlüsse zur Durchführung bringen.

Kapitalismus in Reinkultur.

Ueberführten und Massenentlassungen.

Bochum, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Verwaltungsgebäude der Deutsch-Lugenburgischen Bergwerks- und Hütten-A. G. fanden am Freitag die Verhandlungen über die beantragten Massentündigungen der Schachtanlagen „Adolf von Hansemann“ (500 Mann), „Bruchstraße“ (250 Mann) und „Prinzregent“ (500 Mann) statt. Die Verhandlungen nahmen einen erregten Verlauf. Generaldirektor Knepper begründete die Entlassungen mit Abwahlschwierigkeiten. Der Betriebsratsvorsitzende der Schachtanlage „Prinzregent“ konnte dagegen nachweisen, daß im Monat März 1926, im April 1926 unterirdische Ueberführten verfahren worden seien. Von dem Organisationsvertreter wurde auf die Unmöglichkeit hingewiesen, Leuten zu kündigen, während andererseits Ueberführten verfahren würden. Ferner wurde festgestellt, daß die in Frage kommenden Schachtanlagen noch ortsfremde Arbeiter eingekellert haben. Der Betriebsratsvorsitzende der Zeche „Adolf von Hansemann“ wies nach, daß in der Zeit vom Januar bis März d. J. 9000 Ueberführten verfahren worden sind. Amtsbeigeordneter Hermes-Menge gab bekannt, daß auf

der Schachtanlage „Adolf von Hansemann“ bergfreie Arbeiter eingestellt worden sind, während Ortsanfällige arbeitslos wurden. Dem Amtsbeigeordneten ist im übrigen mitgeteilt worden, daß auf „Adolf von Hansemann“ im April ein Nettoüberschuß von 40 000 Mark erzielt worden ist. Die Organisationsvertreter verlangten, daß ihnen Unterlagen über das vom Generaldirektor Knepper angeführte Zahlenmaterial vorgelegt werde.

Der Landrat Genosse Stümmer-Bochum hat die Verwaltung, den Arbeitervertretern Einblick in die Geschäftsführung der Zeche zu gewähren. Die Verwaltung lehnte es jedoch ab, den Organisationsvertretern das erbetene Unterlagematerial auszuhandigen. Darauf vertieften die Arbeitnehmervertreter den Sitzungssaal mit der Erklärung, daß weitere Verhandlungen zwecklos seien. Die Arbeitermassenentlassungen, die auch in bürgerlichen Kreisen große Erregung hervorrufen werden, werden also voraussichtlich am 1. Juni erfolgen.

Boykottandrohung im Transportgewerbe.

Essen, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Deutsche Verkehrsband hat eine Boykottaktion gegen die Transport- und Lagerungsgesellschaft (Tula), die Expeditionsfirma einer großen Anzahl deutscher Margarinewerke, die über das ganze Reich verteilt ist, angekündigt. Der Verkehrsband steht mit der Transport- und Lagerungsgesellschaft seit Wochen im Tarifstreit. Er ist jetzt zunächst an die führenden deutschen Margarinewerke herantretend mit der Anzeige, daß, wenn die Firma von ihrem Standpunkt nicht abweiche, der eventuelle Boykott über alle von dieser Firma exportierten Waren verhängt werde. Da bisher eine Einigung noch nicht erzielt werden konnte, ist die Boykottandrohung bald zu erwarten. Sowohl der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wie die Verbraucherverorganisation sagten der Gewerkschaft der Transportarbeiter volle Unterstützung zu. Es wurde außerdem erklärt, daß der Boykott in voller Schärfe durchgeführt werden müsse.

Zur englischen Kohlenkrise.

London, 28. Mai. (T.M.) Der Kohlenausschuss hat heute die Einzelheiten einer wichtigen Erklärung festgelegt, die Premierminister Baldwin zu Beginn der nächsten Woche im Unterhause abgeben wird. Im Anschluß an diese Erklärung wird eine große Debatte erwartet. Die Regierung hat sich entschlossen, die Verlängerung des Ausnahmezustandes um einen weiteren Monat durchzuführen.

Unterstützungen für die englischen Bergarbeiter.

London, 28. Mai. (T.M.) Den Bergarbeitern sind durch die Internationale Bergarbeiterförderung bisher folgende Beihilfen zugegangen: Aus Deutschland 5000, aus der Tschechoslowakei 1000, aus Österreich 145, aus den Niederlanden 100, aus Belgien 750, aus Jugoslawien 60 Pfd. Sterling. Aus Deutschland wurde ein weiterer Betrag von 5000 Pfd. Sterling in Aussicht gestellt, und die Niederlande haben zugesagt, während des ganzen Streiks wöchentlich 100 Pfd. Sterling zur Verfügung zu stellen.

Wie Gewerkschaftsjahrb. Mitteilungen aus an der Innendienstverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Brands, Gausner und Kellner, in Gmelin Vereinshaus, Schiller Str. 126. Die Mitteilungen treffen sich um 7 Uhr dienstl.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Göttemann; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Göttemann; K. S. Böhm; Solales und Consoles: Fritz Göttemann; K. S. Böhm; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Brosch Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Broschdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer & Co., Berlin. G. B. G. Lindenstraße 2. Preis 1 Blatt und „Unterhaltung und Wissen“.



Komet-Freilauf
bremsf. unbedingt sicher im Augenblick der Gefahr.

Oliv-Brunnenmöbel

Filzstumpfen 4²⁵
für Damen moderne Farben...

BILLIG

Damen-Hüte 5⁹⁰
welcher Gamin, aus Wallbörde...

Kleiderstoffe

Musseline 1⁴⁵
reine Wolle, moderne Muster... Meter

Anzugstoffe 1⁹⁵
für Knaben ca. 140 cm breit, grüngemastert... Meter

Crêpe-Schotten 2⁹⁰
Wolle u. Kaschmir, ca. 100 cm br., mod. Sommerst.

Mouliné 3⁹⁰
ca. 100 cm br., einfarb., f. Kleider u. Mantel, Mtr.

Ripsopeline 4⁵⁰
reine Wolle, ca. 130 cm br., gr. Farbensort, Mtr.

Reinw. Loden 6⁹⁰
ca. 150 cm breit, imprägn., Sportfarben, Mtr.

Herren-Artikel

Perkal-Oberhemd 5⁹⁰
gestrichelt Brust, mit Kragen

Panama-Sporthemd 5⁹⁰
pa. Qual. m. Krag. u. Schillierkrag.

Tricolinehemd 9⁹⁵
eleg. verarbeitet, mit Kragen

Selbstbinder 1⁹⁵ 2⁹⁰ 3⁹⁰
reine Seide, aparte Dessins.

Herren-Strohhüte 2⁹⁰ 4⁹⁰
moderne Formen

Waschstoffe

Eisässer Musseline 6⁵
Baumwolle, ca. 80 cm br., Milbeke Kreb., Mtr.

Crêpe marocain 7⁸
bedruckt, grosse Musterauswahl... Meter

Crêpe marocain 9⁵
bedruckt, ca. 100 cm breit... Meter

Ottomane 1¹⁰
moderne Druckmuster... Meter

Kunstseide 1²⁰
mit Baumwolle (Waschseide)... Meter

Vollvoile 1²⁵
bedruckt, doppeltbreit... Meter

Schweizer Voile 1³⁵
weiß, ca. 110 cm breit... Meter

Foulardine 1⁷⁵
doppeltbreit, moderne Muster... Meter

Reste u. Abschnitte zu besonders billigen Preisen

Damen-Schlüpf 6⁸
Baumwolle, fein gewirkt, hellfarbig... Pf.

Herren-Garnituren 3⁹⁵
Jacke u. Hemd, Bwl., feinstd. gewebt, farb., alle Gr.

HERMANN TIETZ

Sonntägliche Wanderziele.



Vom Schlesiſchen Bahnhof bringt uns der Vorortzug nach Strausberg. Wir wandern nördlich der Bahn gen Ost bis zur Chausſee, überſchreiten die Bahn und wenden uns dann ſogleich auf ſchmalen Fußſteig links hinab in das Annatal. Wir gehen über das zum Stienitzſee eilende Bäckertſch und ſteigen dann wieder die Anhöhe hinauf. Der Pfad führt dicht neben dem Bahngelände hin. Zur Rechten tun ſich alsbald gewaltige Kiesgruben auf, deren Geſteinsmaterial auf einer Feldbahn zum Stienitzſee befördert und hier auf Rähnen weiterverfrachtet wird. Mitunter ſehen wir Findlingsblöcke von beachtlicher Größe. Die Annahme, daß die Findlingsblöcke, die wir überall in Norddeuſchland finden und deren bedeutendſte in der Mark die Markgraſenſteine bei Nauen ſind, als Meteore auf die Erde gefallen ſeien, iſt irrig. Die wiſſenſchaftlichen Forſchungen der letzten Jahrzehnte haben zweifellos ergeben, daß die Findlingsblöcke ſowohl als auch die Feldſteine, Kiefe, Sande und Mergel, die die Oberfläche Norddeuſchlands bilden, von dem eiszeitlichen Inlandeis aus ihrer ſkandinavischen Heimat nach Norddeuſchland befördert und beim Abſchmelzen des Eises am Ende der Eiszeit als Gletscherſchutt zurückgelassen wurden. Deſſhalb der Kiesgruben erſtreckt ſich eine weite Wiesenniederung bis zum Stienitzſee. Sie iſt der bereits verlandete Teil des Sees und zeigt uns, daß ſich der See in früherer Zeit viel weiter nach Norden, bis über die Oſtbahn hinweg, ausgebreitet hat. Inmitten dieſer ebenen Verlandungsfläche, die von Torfmooren erfüllt iſt, erheben ſich inſelartig neun kleine bewaldete Hügel, in alten Karten „Die Bälle“ genannt. Es ſind jedoch keine künstlich angelegten Befeiſtigungsverke, ſondern natürliche Gebilde. In Kriegszeiten, beſonders im Nährtigen Kriege, dienten ſie den Strausbergern als Unterſchlupf und Zuſtuchtsſtätte. Auch in vorgeſchichtlicher Zeit waren die Hügel teilweiſe beſiedelt, wie aufgefundene Spuren bezeugen. Im Süden ſehen wir die zahlreichen Schornſteine der Ziegeleien von Hennickendorf und Herzfelde.

Eiszeitliche Wallberge (Oſer).

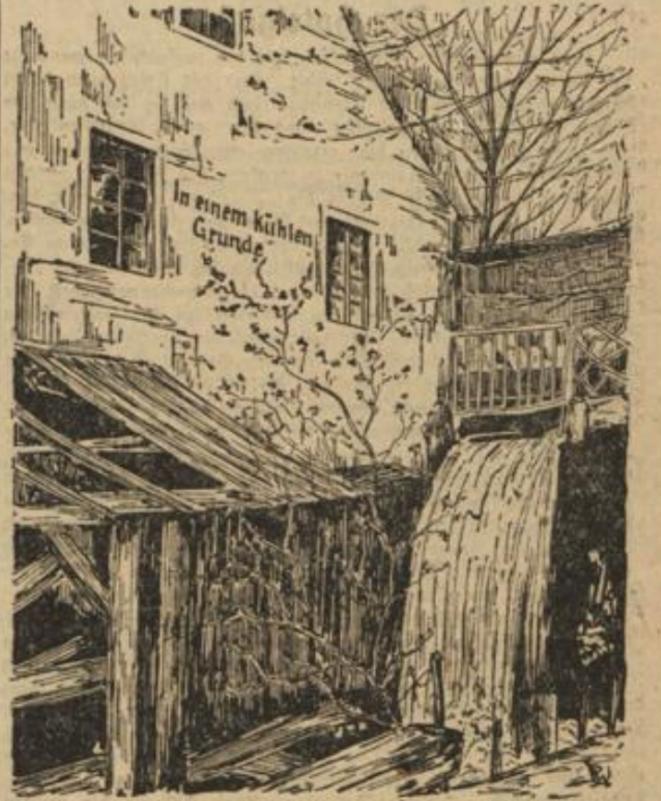
Die Oſtbahn überquert den Talzug auf hohem Damme. Ein ſchmales Wäſſerlein durchzieht das Tal. Durch den Wäſſerdurchlaß des Bahndammes, der auch für Fußgänger benutzbar iſt, wandern wir zur Nordſeite der Bahn. Hier ſehen wir vor uns einen geſchloſſenen, mit Kiefern beſtandenen Wall, der in der Talmitte nach Nordnordweſten zieht und ſich ſchließlich ſpitzwinklig an den weſtlichen Talrand anſchließt. Wir haben hier einen eiszeitlichen Wallberg

oder einen Os (nach dem Schwediſchen benannt, da die Oſer zuerſt in Schweden beobachtet wurden). Die Entſtehung der Oſer, auch des Strausberger Oſes, iſt, wie Profeſſor Dr. B. Wolff von der Geologiſchen Landesanstalt im „Naturforſcher“ darlegt, auf Schmelzwäſſer zurückzuführen, das am Grunde des Inlandeises dahinſtrömte. Man hat im grönländiſchen Inlandeis und in den großen Vorlandgletschern von Waſta eigentümliche Lunnels beobachtet, die nahe der Gletscherſohle verlaufen und als Ableitungskanäle für das auf Hunderte von ſeinen Spalten verſickernde Schmelzwäſſer dienen. Das Innere der Eiströhren füllt ſich ſtark mit dem vom Eis mitgeführten Geſteinsſchutt, und nicht ſelten wird die Röhre ſchließlich vollſtändig verſtopft. Taut dann die dicke Gletscherplatte ab, ſo bleibt die Röhrenfüllung in Geſtalt eines langen Dammes zwiſchen dem unregelmäßigen Geſteinsſchutt liegen. Solche Schmelzwäſſerröhren bilden ſich immer nur in ſtark niedergeſchmolzenem, ſogenanntem „toten“ Gletschereis aus, das ſeine Bewegung bereits verloren hat. So häufig die Oſer in Skandinavien und Fimland vorkommen, ſo ſelten ſind ſie in Norddeuſchland. Wir haben hier bei Strausberg einen ſchön ausgeprägten Os, wie er in Norddeuſchland ſelten zu finden iſt. Ein anderer Os von gleich ſchöner Ausbildung liegt mehrere Kilometer öſtlich am Marſee. Die Wanderung auf dem Os zeigt uns deutlich die eisenbahndammartige Geſtalt des Wallberges. Weſtlich von dem bewanderten Os zieht ſich ein zweiter Os hin. Beide Oſer enden an dem Fahrweg vom Forſthaus Schlag.

Herrenſee und Strauſſee.

Wir wandern auf dem Fahrweg einige Schritte nach rechts, dann ſogleich wieder links ab und kommen nach etwa 10 Minuten an die ſich ſüdlich an den Herrenſee anſchließende Niederung. Rechts der Niederung führt der Weg nach Nord zum Seeufer. Schwerenmütig ſingt das Räten der Ufer aus dem feuchten Grunde. Der Herrenſee hat ſumpfige und krautige Ufer, die gute Lebensbedingungen für Waſſeriere aufweiſen. So kommen hier Sumpfschildkröte, Salamander und Fiſchotter vor. Auch Ringelnattern von einem Meter Länge und Armslänge begegnet man. Auf dem Oſufer des Sees und dann immer am Rande der ſich nördlich anſchließenden Niederung wandern wir weiter. Auf der gegenüberliegenden Seite ſehen wir die Hegermühle. Schließlich überſchreiten wir eine Brücke und kommen in nordweſtlicher Richtung zur Stadt Strausberg, der alten Waſſerfeſte Struceberghe, die ſchon 1280 erwähnt wird. Von der alten Stadtmauer ſind noch einige Reſte erhalten. An die ehemaligen vier Stadttore erinnert nur noch der innere Torturm des Landsberger Tors im Süden der Stadt, den wir beim Betreten der eigentlichen Stadt ſehen. Er iſt ein vieredriger Bau aus Granitquadern und Feldſteinen mit Bodſteinaufbau und

Ziegeldach. Strausberg liegt auf dem Oſtufer des vier Kilometer langen, bis 600 Meter breiten Strauſſees. Mit der elektriſchen Fähre laſſen wir uns zum Weſtufer überſehen. Ein wunderſchönes Bild bietet die Stadt von der Waſſerſeite und von dem gegenüberliegenden Ufer. Aus dem blauleuchtenden See ſteigt ſie auf, von Bäumen und Büſchen lieblich umrahmt. Der hölzernen Aufbau des Kirchturms mußte vor einiger Zeit entfernt werden. Der märkliche Wanderer Trinius ſagt: „Die Mark hat nur ſehr wenige Städte zuzuweiſen, welche vermöchten, einen ſiegreichen Wettkampf mit der Stadt am Strauſſee einzugehen.“ Dem Strauſſee wird manche Wertmürdigkeit berichtet. So hat er ſich zu Weihnachten 1737 ganz rot gefärbt, und als er zurer, war auch das Eis rot und behielt dieſe Farbe den ganzen Winter hindurch. Im März 1752 wurde das Waſſer ſo grün, daß man damit Bretter anſtrich. Auch im Januar 1779 war das Eis roſtſchwarz, und das Waſſer wurde ſpäter ſo rot, daß man glaubte, der See habe ſich in Blut verwandelt. Der Grund dieſer Erſcheinungen wird in dem



Schlagmühle bei Strausberg.

plötzlichen maſſenhaften Auftreten von Algen zu ſuchen ſein. Ein ſchöner Promenadenweg bringt uns zur Südspitze des Sees, wo ſich der 93 Meter hohe Marienberg erhebt (28 Meter über dem Strauſſee).

Das Annatal.

Wir kommen zur Strausberger Chausſee, der wir nach Süden folgen. Bald nach Überſchreiten der Kleinbahn führt halbwegs ein Steig durch den Wald zum Weſtufer des Herrenſees, auf deſſen gegenüberliegendem Ufer wir vorhin gen Nord wanderten. Wir kommen zum Forſthaus Schlag, wo wir das Bäckertſch überſchreiten. Hier führt einſt der „große Heerweg“ nach Münchenberg vorbei. Am Forſthaus Schlag war eine Jollſtätte, da Strausberg das Recht hatte, von dem Verſehr durch ein Gebiet Damm-, Deichel- und Geleitzzoll zu fordern. In der Nähe des Forſthauses ſtehen ſehr ſtarke Nichten und alte knorrige Eichen. Die ſtärkſte derſelben ſteht ſüdlich der Fiſchbrücke, dort, wo der Weg nach Garzau gen Oſt von der Straße nach Hennickendorf abzweigt. Ihr Stamm iſt unten ausgemauert und hat in einem Meter Höhe über dem Boden 4 1/2 Meter Umfang. Wir wandern am Flied entlang



Unzählige Kilometer von Drähten, blanke beſponnene, vom feiſten bis zum ſtärkſten, ſchleppte er ins Haus und nun gings ans Wickeln. Die ganze Familie wickelte und war oft ſo verwickelt, daß Mutter ſtreifte, weil ſie nicht in Gefahr kommen wollte, von einer der Schlingen ſtranguliert zu werden. Sie hatte bisher alles geduldet. Das ganze Zimmer war auf den Kopf geſtellt; Decke, Wände und Fußboden vernagelt. Sogar an der Waſſerleitung ſuchte er Anſchluß, weil ohne die Geiſter der Unterwelt, die aus den höheren Regionen nicht funktionierten.

Als er ihr aber eines Tages eine Szene machte, weil ſie zu Karles Hoſe, die ſie aus Vaters alter Feldhoſe gebastelt hatte, und bei der er, da der Stoff nicht nachgeben wollte, immer wieder die Nähte plagten, von der großen Wehrigule ſo ſchönes feſtes grünes „Garn“ zum Nähen nahm. Als Knorke ſenior deſwegen wütend wurde, plagte nicht nur Karls grüne Naht, ſondern auch Mutters Geduld.

„Erſt verplempertſt de 's Ocid, verbummelſt die ſchöne Zeit, zerhämmerſt, zerkront Tiſch und Stühle, ruinierſt die Wände, fraßelſt an der Decke und uſſ 'm Dache rum, und während du deine höheren Regionen abſuchſt, bleibe ich hier mit Scheuertuch, Schrubbler und Beſen an alle Haken und Drähte hängen. Ich habe das alles ertragen, und zwar mit Rückſicht darauf, weil du ſeitdem wieder ein anſtändiger Mann biſt, der nicht mehr in die Aneipe geht, kein Geld verſpielt und vertrinkt, ſogar das teure Rauchen ſich abgewöhnt hat, aber — was zu wille iſt, iſt zu wille. Deht jehi das Geld ſtatt zum Schmotzbruder und in die Deſtille zum Rindfunkauſt. Man iſt ja ſeines Lebens nicht mehr ſicher. Reißlich iſt ſogar Mann und Weib an ſolche Quaktiſte vom Bliz erſchlagen.“

„Jamoll“, hat Mare geantwortet. „Uſſi de Schneſtoppe, als der Mann de Antenne im Jünder über die fiſchchoſſowa-tiſche Grenze ſchmuggeln wollte.“

Natürlich reizte Marzens Hohn Rinne noch mehr, und es ging ein ſolches häusliches Gemitter bei Knorkes nieder, daß

der Dreiröhrenapparat, der immer noch ſeiner Vollendung harrte, unterſ Sofa ſlog, und zwar mit ſolcher Wuptizität, daß er nicht wieder zum Vorſchein kam.

Obwohl Mar Kurzarbeiter war und tagelang ausgehen mußte, hatte er ſeit dieſem Tage alle Luſt zum Baſtekn verloren.



Ein Glück, daß am Gewittertage die Kinder aus der Schule kamen, nachdem das Unwetter ausgeht hatte.

Frize roß gleich Lunte. Er hatte Vater oft baſtekn helfen und mußte ganz genau, auf welchem Stuhl, in welcher Soſa-ecke die einzelnen Teile lagen. Deht wor alles weg.

„Nanu“, fragte er, „wo iſt denn der Dreilampfenfaſten?“

Vater zeigte noch dem Soſa und meinte: „Da iſt die Hochſpannung vom letzten Gewitter hineingekommen und hat die ganze Geſchichte unterſ Sofa geſchleudert. Man een Nid, daß ich mit de Hochſpannung nicht in Berührung gekommen bin.“

Frize fing einen wütenden Blick von Muttern, an Vaters Adreſſe gerichtet, auf, der ihm ſagte, hier ſtimmt etwas in der Leitung nicht, es machen ſich ſtörende Rückkopplungen bemerkbar.

Zum Glück löſte Karle die ſich neu bildende Hochſpannung aus, indem er von ſeinen Erlebnissen aus der Lebensgemeinſchaftſchule berichtete. Heute ſei einer von den Jungen gegen den Lehrer frech geworden.

„Na“, ſagte Vater, „da hat der Lehrer den Rohrſtock wohl wieder in Aktion treten laſſen?“

„Ne“, ſagte Karle.

„Na, wat denn?“

„Wir haben ihn verhauen“, kam es triumphierend aus Karls Mund.

„Na, det iſt mir ja ne ſcheene Jemeinſchaft“, wendete ſich Mutter an ihren Mar. „Da nimmſt ſe aus de andere Schule raus, weil vierzig fünf verhauen und hier fällt eene ganze Klasse über einen her. Die arme Mutter!“

„Na, die hat doch nicht von abſekriegt“, wandte Mar ein.

„So, ſagte Mutter, „wer muß die zerriſſene Kluft wieder zuſammenſticken?“

„D“, meinte Karle, beinahe bedauernd, „dazu kam es nicht. Der Lehrer nahm den Frechdachs noch in Schutz. Er kommandierte: Das Ganze halt, und erklärte, ſo ginge es nicht. Das Selbſtverteidigungsrecht und die Notwehr in Ehren, aber das Faustrecht dürfe ſich hier nicht einbürgern. Dann ginge die Gemeinſchaft in die Brüche. Er ſchlug vor, wir ſollten aus uns heraus ein Richterkollegium wählen und wenn irgendetwas Ungehöriges ſich ereignen ſollte, den betreffenden Attentäter vor das Gericht ſtellen.“

„Biſt du etwa auch dazu gewählt?“ fragte Knorke ſenior, dem die Geſchichte gefiel.

„Natürlich!“

„Als was denn?“ fragte Vater.

„Als Staatsanwalt.“

„Ach laß' ma tot, völlig tot!“ rief Mutter und ließ ſich vor Laſen auf einen Stuhl nieder, fügte aber gleich wütend hinzu: „Das ſind Narrenpoſſen, aber keine Schule.“

„Du“, ſagte Knorke beſchuldigend, „nicht vorſchnell urteilen! Erſt abwarten, was daraus bräut.“

„Daraus bräut?“ ſagte Mutter empört. „Als Ankläger der riedigſte und ruppigſte.“

„Du“, entgegnete Knorke, „des iſt janich ſo ohne. Gerade der hat Erfahrungn und kennt alle Schliche und kommt am beſten dahinter.“

„Nu halte aber die Luſt an!“ rief Mutter und ſchob mit Annelieſe, die alles mit angehört hatte, ohne ein Wort zu ſagen, in die Küche, wo ſie eine ganze Weile ſchweigend ihre Arbeit verrichtete.

(Fortſetzung folgt.)

fortwärts und erreichen die Schlagmühle, eine alte Wassermühle, jetzt ein Wohnhaus mit schönem Garten am Mühlenteich. Die Wanderung führt uns durch das vom Bäderfließ durchzogene Annatal. Das Bäderfließ, auch Hegermühlfließ genannt, verleiht seinen Namen dem niederdeutschen Beete, Bäte, d. h. Bachlein. Es entfließt das Land südlich von Strausberg und verbindet den Herrensee mit dem Stienitzsee. Ein prächtiger Weg führt durch den lichteuchten Wald des Tales. Buchen und Eichen, Birken und Eberleichen sowie Haselgebüsch beläuben das Fließ. Die Ufer sind meist kumpfig und das Wasser ist mitunter völlig von einer grünen Lechtümpelschicht überzogen. Vom jenseitigen Ufer ragen die Dächer und Türme der Landhäuser durch das Geäst, und kleine Zugbrücken überspannen das Fließ. Zu beiden Seiten des Tales ragen die Berge auf. Die diesseitigen Höhen sind mit hochstämmigen Niersteinwäldern bedeckt. Das Tal ist tief in das Land eingeschnitten.

Beim Schwanensee an der Schneidemühle wenden wir uns rechts auf die Höhe. Die Landhausstraße bringt uns zur Chauffee, auf der wir nach links wandernd bald wieder den Bahnhof Strausberg erreichen. Weglänge etwa 17 Kilometer.

Der Hotelgast.

Eine mimosenhafte Erscheinung, die sich verflüchtigt, wenn sie sich unangenehm „beeindrückt“ fühlt. Und der Erjohmann bleibt dann auch aus — wie ein Tremauretum zieht es sich durch die Schar der großen „Globe-trotter“ und der kleinen Louistestädte, und ganze Bänder haben dies erfahren: man braucht nur an das gegenwärtige Italien Mussolinis zu denken: Die Reisenden bleiben nicht fort, um gegen die Willkür des „Duce“ zu protestieren, sondern weil sie sich nicht Gefahren und Belästigungen aussetzen wollen, die sich dann auch für den Friedfertigen einstellen, wenn nicht Gelege, sondern rahe Nachsicht auf allen Handelns ist. In ähnlicher Lage befindet sich jetzt Berlin: die bewußt gelogenen, die eigenen Ausschüsse verdeckenden Schreiberlein der reaktionären Presse über denotierende Unruhen haben die Hotelgäste und die, die es werden wollen, verstimmt und das Geschäft ist bedroht. Da wenden sich dann die Hotelbesitzer, die in der Wehrzahl so „geschäftstüchtig“ zu handeln glauben, wenn sie an Festhalten der Reichsflagge nicht aufziehen, an die amtliche Stelle, um von ihr aus Abhilfe für einen Zustand zu erlangen, an dessen Herbeiführung sie doch nicht ganz unschuldig sind. Würden sie jener Heppresse das Auslegen in ihren Besessenen verweigern, würden sie sich mannhaltig auf den „Boden der Republik“ stellen und dies durch die Flagge der Republik bemessen, so würde einmal die Gesellschaft um Hugenberg und Claf merken, daß ihrem Willen die Grenzen gezogen sind, wo Unparteilichkeit oberstes Gesetz sein muß, und zum zweiten würde der fremde Gast wissen, daß er in dem schwarzrotgold geschmückten Hause den Schutz der Berliner Bevölkerung genießt, die doch nun oft genug gezeigt hat, daß sie republikanisch und demokratisch regiert sein will. Also: statt Auswärtiges Amt zu bemühen, das Ausschüsse vor der ganzen Welt dementieren soll, wäre es kluger, selbst den reaktionären Stier an den Hörnern zu nehmen und ihn aus dem Vorsehensladen des friedlichen und neutralen Geschäftes der Fremdenüberbergung und -speisung hinauszuschieben. Die jetzt beliebte unkluge Haltung der meisten Hotelbesitzer mag sich für die „Landwirtschaftliche Woche“ im Februar rammieren — für ein Millionen- und ein Jahressgeschäft ist sie eine Dummheit. Wenn der eigene Geschbeutel in Mitleidenschaft gezogen wird, wagt der Mensch meist der Vernunft zugänglich zu werden: in Geldsachen hört, noch immer die Gemütsstärke — und die Vorsicht für Schwarzweißrot — auf.

Das Telegramm der Gattin.

Eine geheimnisvolle Sache sucht Aufklärung.

In einer angeblichen Nordische spielt ein Telegramm eine Rolle, dessen Herkunft allen Bemühungen zum Trotz noch nicht aufgeklärt werden konnte. Im Dezember 1924 fragte ein gewisser Felix Benardowicz aus Rosen brieflich bei der Dienststelle B. 3 der hiesigen Kriminalpolizei an, ob sie ein Interesse daran habe, ein schweres Verbrechen, das der Polizei noch unbekannt sei, aufzuklären. Die Dienststelle hatte natürlich ein Interesse daran und legte sich mit dem Briefschreiber in Verbindung. Dieser schrieb weiter, daß eine Frau Erna M. aus der Hochmeisterstraße im Juli 1923 ihren Mann ermordet habe. Er schilderte auch ausführlich, wie das vor sich gegangen sei. Frau M. habe ihrem Manne, der Reisender einer Buchhandlung war, stark trank und fast jeden Nachmittag betrunken mit einer Droschke nachhause gefahren kam, an einem Sonnabend, bevor er wegging, mitgeteilt, daß sie auf das Bestium ihrer Eltern in der Nähe von Berlin fahren und am Sonntag abend zurückkehren. Er kam nachmittags wieder betrunken nach Hause. Während er allein in der Wohnung war, erhielt er ein Telegramm: „Komme, erwarte Dich um 8 Uhr in der Stehbierhalle.“ Diese Aufforderung war nicht untergeschrieben. Benardowicz behauptete nun, Frau M. habe ihrem Manne dieses Telegramm geschickt, um ihn nach der „Stebierhalle“, einem Lokal am Rosenhofer Platz, einem Treffpunkt der Reisenden, zu laden, damit er sich noch mehr betranke. Das habe sie in der Absicht getan, ihn später in der Wohnung umzubringen. Er sei auch in die Stehbierhalle gegangen, habe vergeblich nach dem Wobender des Telegramms, den er in einem Kollegen vermutete, gefragt, von seinen Kollegen aber niemanden getroffen. Er habe eine Zeitlang in dem Lokal gefessen und sei endlich wieder betrunken nach Hause zurückgekehrt. Dortin sei ihm seine Frau, die er nach ihrer Anfründigung bei ihren Eltern vermutet hatte, gefolgt. Sie habe den Gasbrenner aufgedreht und ihren Mann vergiftet. Tatsächlich wurde nun M. am 29. Juli 1923 in der Wohnung mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Man nahm damals an, daß er entweder Selbstmord begangen oder in der Trunkenheit den Gasbrenner verheerlich berührt und geöffnet habe und so durch einen Unfall sein Leben genommen sei. Die Nachforschungen, die die Kriminalpolizei auf Grund der von Benardowicz erhobenen Beschuldigungen anstellte, ergaben auch kein anderes Bild. Es wurde festgestellt, daß Frau M. sich mit ihrem Bruder am Sonnabend und Sonntag bei ihren Eltern außerhalb Berlins aufgehalten hat. Das namenlose Telegramm aber ist in Berlin aufgegeben worden. Die Kriminalpolizei hat alle Geschäftsfreunde und Kollegen M.s. ermittelt. Keiner von ihnen aber weiß etwas von dem geheimnisvollen Telegramm. Die Dienststelle B. 3, Kriminalkommissar Trettin, versucht jetzt mit Hilfe der Deffentlichkeit seine Herkunft aufzuklären und bittet alle, die dazu beitragen können, Wahrnehmungen mitzuteilen.

Die erste Eheberatungsstelle.

Im Bezirk Brenzlauser Berg wird am 1. Juni eine öffentliche Eheberatungsstelle errichtet. Es ist dies die erste kommunale Eheberatungsstelle Berlins. Beraten werden Ehebewerber und Verheiratete bezüglich ihrer gesunden und heitlichen Eignung als Ehepartner und ihrer erdgeundheitlichen Eignung als Eltern. Ferner wird Rat erteilt bei Schwierigkeiten legaler Natur sowie in den Fragen der Fortpflanzung. Eine Behandlung erfolgt in der Eheberatungsstelle nicht. Heiratzeugnisse werden Ehebewerbern auf Wunsch ausgestellt, entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes des Ministers für Volkswohlfahrt. Dem gesamten Fürsorgepersonal der Eheberatungsstelle ist Schweigepflicht auferlegt. Beratung, Untersuchung und Ausstellung der Heiratzeugnisse erfolgt kostenlos. Gelegentlich der Eröffnung der Eheberatungsstelle wird Stadtrat Dr. Korach vor einem Kreise interessierter Persönlichkeiten über die Bedeutung der Eheberatung im Rahmen der kommunalen Fürsorge sprechen. Die

Leitung der Eheberatungsstelle ist Dr. Scheumann, einem Schüler von Geheimrat Kraus, übertragen worden. Die Sprechstunden finden bis auf weiteres jeden Dienstag und Freitag von 5 bis 7 Uhr nachmittags in den Räumen der Schulbankstift des Bezirks Brenzlauser Berg, Dunderstr. 64, statt.

Riesenhutschlängen im Aquarium.



Das Berliner Aquarium hat in diesen Tagen mehrere, zum Teil 3½ Meter lange Riesenhutschlängen erworben. Die Tiere gehören in die Gruppe der Brillenschlangen. Die Zeichnung zeigt die Schlange in Bewegung, und zwar von vorn gesehen, und dieselbe Schlange in Ruhestellung. Bei der eigentlichen vorderindischen Brillenschlange ist das Schild mit einer brillenartigen Zeichnung versehen, bei der Riesenhutschlange und bei der afrikanischen Urhutschlange fehlt sie. Die Nahrung dieser Art, die zu den größten Giftschlangen zählt, die es überhaupt gibt, besteht fast ausschließlich in giftigen und ungiftigen Schlangen. Diese seltenen, dem malaisischen Gebiete entstammenden Gaste bedauern das Terrarium Nr. 18 im zweiten Stockwerk.

Die Menschenfalle im Fernzug.

Eine Frage an die hochmohlbliche Eisenbahndirektion: Warum herrscht im Vorort- und Fernbahnverkehr Potsdam-Berlin eine so heillose Konfusion? Recht stattdich sind die Reduzierungen, die wohl täglich infolge der ungenügenden Orientierung des Publikums, ob Vorort-, ob Fernzug, aus den Taschen des geprellten Publikums in die Bahntaschen fliehen. Wenig erfreulich jedoch für den Staatsbürger, dem an der Sperre in Berlin mit gewaltiger Miene ein Beamter bedeutet, daß er zu seiner 50-Pfennig-Vorortkarte noch — 1,40 Mark nazu zahlen habe. Das Bestreben der Hebelhalter hat statt des Vorortzuges, mit dem er wollte, den Magdeburger Fernzug benutzt, um mindestens nicht allein durch eigene Schuld, Nachzahlung also um fast 300 Proz. Natürlich kommt es zu recht erregten Szenen, die Beamten sind an ihre Amtspflicht gebunden, der Fahrgast fühlt sich, nicht mit Unrecht, unrettbar getäuscht und das Resultat: Zahlen oder polizeiliche Feststellung. Mit es nicht möglich, auch im Bahnhofsanhang eine reinliche Scheidung von Vorort- und Fernverkehr durchzuführen. Ist es notwendig, daß sich das Publikum durch labrinthische Rästel durcharbeiten, um schließlich doch den verkehrten Zug zu besteigen?

Jugoslawischer Abend.

Der Deutschausländische Akademikerklub hat es sich zur Aufgabe gemacht, internationale Geselligkeit zu pflegen und auf diese Weise eine Interessengemeinschaft auf gesellschaftlicher Basis zu gründen. Im Rahmen eines jugoslawischen Abends hielt Herr Baurat Jaffé in den Klubräumen, Bubapeter Str. 15, einen sehr interessanten Vortrag über Jugoslawien. Unterstützt von wohlwollenden Lichtbildern führte er dieses ungemein interessante Land vor Augen. Speziell Slowenien, die dalmatinische Küste, Bosnien und die Herzegovina, endlich Serbien und Montenegro mit seiner weitestgelegenen Einsamkeit weisen eine Fülle landschaftlicher und historischer Schönheiten auf. Bei dem ziemlich tiefstand der dortigen Baluta (1 Mark = 14 Dimer) und den Vergünstigungen, die der Reisende genießt (innerhalb Jugoslawiens erhält jeder 50 Prozent Fahrermäßigung) wäre Jugoslawien ein interessantes Reiseziel. Dem Vortrage wohnten der eben eingetroffene jugoslawische Gesandte, Dr. Smablata, zahlreiche Angehörige der jugoslawischen Kolonie und eine große Anzahl von Gästen bei.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 29. Mai.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30 Uhr nachm.: Hans-Brodow-Schule (Bildungskurse) Abteilung Sprachunterricht. Esperanto (Direktor Julius Glück).
5 Uhr nachm.: Die Violinsonate (VI.) Stefan Frankel, Violine; Bruno Seidler-Winkler, Flügel. César Franck: Sonate A-Dur, Allegretto ben moderato — Allegro — Rezitativo Fantasia — Allegretto poco mosso. 5.30—6.30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Sapanowski. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theaterdienst.
7 Uhr abends: Medizinisch-hygienische Plauderei (Sanitätsrat Dr. Paul Frank). 7.25 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Geschichte. Geh. Regierungsrat Dr. Hans Delbrück: „Bilder aus der deutschen Vergangenheit“. 8 Uhr abends: Sendeispiele. Abteilung: Oper. Spielzeit 1925/26. Leitung: Cornelis Bronsgeest. 39. Veranstaltung. „Der Barbier von Sevilla“, komische Oper in zwei Teilen von Gioachino Rossini. Dirigent: Georg Seidl von der Berliner Staatsoper. Graf Almaviva: Eugen Tranky; Doktor Bartolo: Bernhard Köhler; Rosine, dessen Mundel: Violotta Schadow; Basilio, Musikmeister: Leo Schützen-dorf; Marcelline, Rosinens Gouvernante: Bozema Bradak; Figaro, Barbier: Cornelis Bronsgeest; Fiorillo, des Grafen Bedienter: Rudolf Krass; ein Offizier: Max Camphausen; Musikanten; Soldaten. Ort der Handlung: Sevilla. Zeit: Mitte des 17. Jahrhunderts. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Kermbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

Königswohnerhaus, Sonnabend, den 29. Mai.

3—3.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Ansel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurschrift. 4.30—5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5—5.30 Uhr abends: Walther: Süßspeisen und Zuckergebäck. 8.30 Uhr abends: Uebertragung von Berlin.

Im Hemd zur Polizeiwache!

Ein schlimmer Mißgriff der Polizei erregt in Berlin-Kord großes Aufsehen. Der im Hause Bogenstr. 38 wohnende Händler Gustav Perchalla wurde am frühen Morgen um 1/5 Uhr von zwei Schupo-Beamten aus dem Bett herausgeholt und im Hemd zur Polizeiwache in der Böhlerstraße gebracht. Er sollte eine ihm auferlegte Geldstrafe schuldig gehalten sein und daher zur Verbüßung einer dafür einzulegenden Haftstrafe abgeholt werden. Perchalla hatte bereits am vorhergehenden Tage die in seiner Wohnung erscheinenden Beamten davon in Kenntnis gesetzt, daß er die Strafe schon bezahlt habe. Erst am anderen Morgen wurde auf dem Polizeibureau festgestellt, daß der Mann, der im Hemd hingeleitet worden war, tatsächlich schon Zahlung geleistet hatte. Man benachrichtigte nun seine Frau, und nachdem diese ihm keine Kleidung zur Wache gebracht hatte, durfte er nach Hause gehen.

Das Polizeipräsidium erklärt hierzu, daß die Ungelegenheit genau untersucht werden wird. Ergibt sich, daß die Polizeibeamten vorchriftswidrig gehandelt haben, so sollen sie als zum Verkehr mit dem Publikum ungeeignet künftig in anderer Weise beschäftigt werden. Das Polizeipräsidium beklagt schon leht, daß der Händler, als man ihn in seiner Wohnung suchte, ihn aus dem Bett holte und ihn im Hemd über die Straße führte, die Strafe schon bezahlt hatte. Die Beamten seien aber auf Grund einer ihnen vorher im Bureau gemachten Angabe der irigen Meinung gewesen, daß die Bezahlung nicht erfolgt sei und daher eine Haftstrafe verbüßt werden müsse. Sie hätten freilich, sagt das Polizeipräsidium, auch wenn sie im Recht zu sein glaubten, die Pflicht gehabt, dafür zu sorgen, daß der Festgenommene nicht unbefleidet zur Wache geführt wurde.

Wir erinnern uns, daß vor dem Kriege die „Königliche“ Polizei sich derartige Mißgriffe mehrfach geleistet hat. Auch eine Frau ist damals an einem Sommermorgen bei öblicher Tageshelle im Hemd über die Straße zur Polizeiwache geführt worden, weil sie eine ihr von der Polizei auferlegte Geldstrafe nicht bezahlt hatte. Die republikanischen Schupo-Beamten werden Kollegen, die das schlechte Beispiel der „Königlichen“ Polizei jetzt noch nachahmen, hoffentlich mit aller Eindringlichkeit darauf hinweisen, daß sie schleunigst umzulernen haben oder den blauen Ad ausziehen müssen.

Keine leerstehenden Neubauten.

Die Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen teilt mit: Zeitungsnachrichten zufolge ist im Laufe der Beratungen über die Haussteuer im Hauptauschuss des preussischen Landtages die Behauptung aufgestellt worden, daß nach den eigenen Angaben des Berliner Wohnungsammissors in Berlin bereits drei Tausend mit Haussteuern erbaute Neubauwohnungen leerstehen. Diese Zahl würde sich voraussichtlich am 1. Oktober d. J. auf sechstausend und am 1. April 1927 auf zwölftausend leerstehende Neubauwohnungen erhöhen. Hierzu bemerkt man: Es trifft nicht zu, daß jemals eine derartige Zahl von mit öffentlichen Mitteln erbauten Wohnungen leer stand, noch daß es bei der großen Zahl der vorhandenen Wohnungsuchenden möglich wäre, daß auch nur annähernd selbst auf einen späteren Zeitpunkt hinauslaufend, dreitausend Neubauwohnungen leerstehen könnten. Weiterhin trifft ebenfalls nicht zu, daß der Deserent für das Wohnungs- und Siedlungswesen der Stadt Berlin jemals eine solche Behauptung in irgendeiner Form auch nur gelegentlich geäußert hat. Die erwähnten Behauptungen entbehren daher jeder Unterlage. Wenn irgendwie nach Fertigstellung eines Bauvorhabens Wohnungen einige Zeit leerstehen, so waren es Wohnungen, die durch private Bauherren errichtet wurden, da diese von den Interessenten so hohe Baukostenzuschüsse forderten, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlich gespannten Verhältnissen die Aufbringung dieser Beträge von den Wohnungsuchenden aus eigenen Mitteln nicht möglich war. Das zeitweilige Leerstehen hatte jedoch bald zur Folge, daß die privaten Bauherren mit ihren Forderungen heruntergingen, was sich zweifelsohne zugunsten der Wohnungsuchenden auswirkte.

Dem Beschluß der Stadtorbentenerammlung, nach welchem aus dem Betrag der ausgelagerten Anteile der Wohnungsfürsorge-Gesellschaft zum Millionen Mark als Zulaghhypothesen zur Verfügung gestellt und ferner eine Million Mark als Arbeitgeberdarlehen freigelegt werden sollen, ist der Magistrat in seiner letzten Sitzung beigetreten.

Die Kundgebung des Reichsbanners in der Funtkhalfe.

Für die großdeutsch-republikanische Kundgebung, die das Reichsbanner Schwarz-rot-Gold am morgigen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, auf der Alpenländischen Sommersehau in der Funtkhalfe am Kaiserdamm veranstaltet, ist folgendes Programm aufgestellt worden: Die an der Veranstaltung teilnehmenden Reichsbannerkameraden treten mit Fahnem und Musik um 2 Uhr nachmittags am Bahnhof Tiergarten, Bahnhof 300 und auf dem Wittenbergplatz an. Von diesen Stellen aus erfolgt der geschlossene Marsch zur Funtkhalfe am Kaiserdamm, wo um 3 Uhr die Feiert mit dem von den Lambours corps des Reichsbanners gespeelten Reichsbannermarsch beginnt. Reichstagspräsident Lobe wird nach der Reitation großdeutscher Dichtungen durch Alfred Beiers das Wort ergreifen. Danach spricht ein Mitglied des Österreichisch-Deutschen Volksbundes und ein Vertreter der Stadt Berlin. Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, daß das übrige Programm, das Vorträge, Konzerte der Kapelle Julius Einädshofer und sechs weiterer Kapellen sowie Auftritten des Balletts der Städtischen Oper und reichlich Gelegenheit zum Tanz vorieht, noch besonders ausgestattet sein wird. Eintrittskarten für die Veranstaltung zum ermäßigten Preise von 1 M. sind bei den Funktionären des Reichsbanners und gegen Mitgliedsausweis an der Kasse zu haben.

Tödlicher Flugzeugabsturz.

Gestern vormittag startete in Staaten der Flugzeugführer Leonhard Kisel, 23 Jahre alt, aus Würzburg, mit einem Flugzeug der Deutschen Verkehrsflieger-Schule zu einem Bistoflug in Staaten. Bei dem Versuch, eine Rechtskurve auszuführen, geriet das Flugzeug gegen 9 1/2 Uhr in etwa 800 Meter Höhe ins Trudeln und stürzte in der Nähe der Bahnhofs Station Dalgow aus 100 Meter Höhe zu Boden. Das Flugzeug wurde zerschmettert und der Pilot getötet.

Durch Goldregen vergiftet? Der Kaufmann C. aus der Kaiserallee war gestern mit seiner Frau und dem fünf Jahre alten Sohn zum Besuch seines Bruders nach Tiergarten gefahren. Nachmittags spielte der Anabe allein im Garten und rief sich Blütenzweige des als Zierpflanze verwendeten Goldregens ab, von denen er auch Blüten in den Mund nahm und schluckte. Abends auf der Rückfahrt bekam der Anabe Fieber, daß im Laufe der Nacht zu Schwindelerscheinungen und Bewußtlosigkeit führte. Der herbeigeholte Arzt ließ das Kind, nachdem er die Ursache der Vergiftung festgestellt hatte, nach dem Krankenhaus überführen.

Der Berlin-Lodz-Warschau-Expres, der von Paris kommt und täglich in der 6. Nachmittagsstunde von Berlin Stadtbahn abgeht, fährt nun in beiden Richtungen auf Wagen III. Klasse, in denen die Fahrt Berlin-Warschau etwa 28 Mark kostet.

Der neue Staatssekretär im Reichspostministerium. Die durch den Abtritt des Staatssekretärs Dr. Treibin zur Reichspostministerstelle freigebliebene Stelle eines Staatssekretärs des Reichspostministeriums ist dem Ministerialdirektor Feyerabend übertragen worden. Ministerialrat Dr. Graemer ist zum Ministerialdirektor im Reichspostministerium ernannt worden.

Der Fund.

Von Rodion Kufusjin.

Ich habe eine fremde Mühe und einen fremden Schafspelz an. Das Pferd, das meine Schwester und mich nach unserem verschneiten Heimatdorf führt, ist auch entliehen.

Wo ist Traum und wo ist Wirklichkeit? — Das hellbeleuchtete und lärmende Moskau, das jetzt tausend Berst entfernt liegen mag, oder dieser Sturm mit seinen hinter den Pelztragen kriechenden Schneeflocken, die ängstlichen und zugleich aufmunternden Zurufe meiner Schwester und das schwere Schnaufen unseres treuen Pferdes?

Als der Zug noch durch Schnee und Unwetter dahinrauste, mußte ich nicht mal, was draußen hinter den Fensterscheiben vor sich ging: Ich vertraute auf die Maschine und war vollkommen ruhig. . . Und jetzt bekomme ich keine Luft, das Schneegestöber kann uns jeden Augenblick erwürgen mitsamt dem Pferde. — Mit Woffenlos hat das Element kein Mittel. . . und gerade dorthin fahre ich jetzt, wo alles waffen- und machtlos ist angesichts der Schneestürme und des Schauerregens, der Sommerhitze und des strengen Frostes.

Vor einer Brücke bleibt das Pferd stehen. Es zittert.
„Haben wir etwa den Weg verloren?“
„Nein, das Pferd hat etwas gemüht.“

Ich schlage den Kragen meines Schafspelzes zurück und höre ein vom Wind gedämpftes Geras, das wie Aufatmen oder Stöhnen klingt. Und einige Minuten später sieht unter dem Schaf meines Pelzes ein neuer kleiner Passagier. Sein Leib ist warm und doch atmet er schwer und beantwortet die Fragen nicht. . . Die Schwester hat Angst, er würde sterben unterwegs, sie kreibt das Pferd an.

Von dem Dorfe her ertönen in langen Zeitabständen gedehnte Glockenschläge.

Der Sturm spielt mit uns, die Glocken tönen ertönd in der Ferne. . . Plötzlich erscheint eine Flamme. Ich denke schon, es brenne. „Wir werden erwartet,“ sagt meine Schwester, die Lustigen sind auf der Straße und brennen Stroh, um uns den Weg zu zeigen.“ „Cheu“, klingt es von der Straße her — „cheu“, erwidert die Schwester.

Man hat uns gehört und als Zeichen dessen fliegt eine brennende Garbe hoch in die Luft.

Die Strohrakete im Schneegestöber und klägliche Glockentöne, diese Sorge um uns und unsern Fund — das alles hebt meine Stimmung. . . Der unter dem Schafspelz warm gewordene Passagier bewegt sich: „Trinken,“ bittet er. „Warte noch ein bißchen, wir sind gleich da.“

Zu Hause brodelt der Samowar. Der zehnjährige Knirps wird von seinen Lumpen befreit, gebadet und in die Wäsche meines Reffens gesteckt. Der Junge lebt auf, obwohl er wenig spricht, und wie es scheint, mißtrauisch umherkaut.

Nach zweiter Tasse Tee bringe ich den Findling durch freundliche Fragen zur Rede.

Er fängt an zu erzählen, und indem er erzählt, möchte man glauben, einen Fünfzig- und nicht einen Zehnjährigen vor sich zu haben.

Er hat Vater und Mutter, sie wohnen alle im Kaufhaus. Dann kamen die Weihen, der Vater wurde abgeführt und erschossen. Die Mutter weinte und sprach eines Tages zum Kleinen: „Koska, fahre mit fort von hier, nach Tiflis, dort wohnt eine gute Bekannte von mir. Hier dürfen wir beide nicht länger bleiben.“

Wir fuhren los und die Mutter war krank. Unterwegs, nicht weit von Tiflis starb sie. Auf der Station trugen sie die Leute zum Wagen hinaus, auf mich hat keiner geachtet.

Wo die Bekannte wohnte, wußte ich nicht. . . Ich hatte nie vorher gebettelt und da blieb mir nichts übrig. Ich war damals wohl sechs Jahre alt. Ich fing an, in den Straßen herumzustreifen. Es gefielen sich einige Kameraden zu mir. Von Tiflis wanderten wir nach Baku hinüber, von da — mit einem Dampfer nach Kasan. Dort blieben meine Kameraden zurück. Ich fuhr nach Taschkent (Zentralasien, WS.) und lebte da etwa zweieinhalb Jahre lang. Nachts verblieb ich auf dem Bahnhof. Man wird zwar nachts von den Bahnbediensteten gejagt, doch ich versteckte mich hinter einem Schrank — er war nicht ganz dicht an die Wand gehehnt. Nur sich legen durfte man nicht, denn der Wächter könnte die Füße bemerken. Ich hatte mich aber daran gewöhnt — man lehnt sich an die Wand an und schläft so.

Später erfuhr noch einer von meinem Versteck, wir wohnen nunmehr zu zweit hinter dem Schrank. Es wollte sich noch ein Dritter zu uns gesellen. „Für alle reicht der Raum nicht aus, wenn die Leute davon erfahren, ist es Schluß mit uns. Sehe dich lieber nach einem andern Schrank um.“

Mein Freund hing an, mich nach Moskau zu rufen. „Alle fahren jetzt nach Moskau, es gibt einen Befehl,“ sagte er, „doh sich alle Waiseln in Moskau versammeln lassen.“

Ich erinnerte mich, daß ich einen Onkel in Moskau hatte. Meine Mutter erzählte mir öfters, der Onkel male Bilder.

Wir fuhren also los. Auf einer Station bemerkte der Schaffner meinen Freund und wollte ihn fortjagen. Der Freund sprang ab und geriet unter die Räder. Er wurde ganz und gar zerquetscht.

Der Weg von Taschkent ist weit. Dort war es noch warm gewesen und während der Fahrt wurde es immer kühler und kühler. Zuerst bettete ich auf den Stationen um Speisereste oder sang vor den Fenstern. Dann wurde das Publikum ärgerlich: „Was belästigt er einen tagtäglich,“ sagten die Leute und gaben mir nichts mehr. Nun erbatte ich mir etwas anderes. Ich stieg aus, ging zum nächsten Dorf, sammelte dort Brot — und kehrte nach der Station zurück. Von diesem Tage an, habe ich viele Züge gewechselt. Wer mein Brot zu Ende, so lief ich nach dem Dorf. . . Auf dieser Station war ich auch ausgestiegen und fragte irgendeinen fremden Onkel: „Ist es weit bis zum Dorfe?“ „Drei Berst werden es wohl sein,“ sagte er mir.

„Ich marschiere los, und nun wird es dunkel, der Wind fängt an zu wehen, ich war hungrig, wurde matt und mußte umfallen. . .“

Mutter, Schwester, Schwägerinnen und die Nachbarinnen, die sich gelegentlich meiner Ankunft versammelt hatten, kauften der Erzählung des kleinen blaffen schblonden Jungen und wuschen sich die Tränen mit dem Tuchende ab.

„Bewöhnt ist er nun nicht,“ sagte jemand. „Wißt dich in die Pflege nehmen lassen?“ — „Nein, ich muß weiter nach Moskau, da malt mein Onkel Bilder, er wird mich auch lehren. . .“ „Wie kannst du jetzt noch Moskau? Müdigkeit dir wohl den Hals brechen? Bleibe doch hier eine Weile, tu dich aus.“ — „Nachher sehen wir es besser.“ spricht der vom Tee schwindende Koska.

Man legt ihn auf den Ofen schlafen. Jetzt schläft er süß. Alles schläft schon. Es ist so spät.

Sèvres-Vasen.



Caecilia, Caecilia,
O denk' an die Familie!
Die Vettern und die Vasen
Blamierst du mit den Vasen,
So daß die ganze Sippe spricht:
„Bei uns klaut man so offen nicht!“

Man muß Koska zu überreden versuchen, auf dem Dorf noch zu bleiben. Der bildermalende Onkel existiert sicher nur in seiner Phantasie, und mit obdachlosen Kindern ist Moskau ohnedies überfüllt.

Der Sturm läßt nicht nach, schlägt gegen die Fensterscheiben wie ein Bär mit seiner Toge, pfeift mordemäßig in den Spalten und heult im Schornstein.

In der Kirche schlugen immer die Glocken. In meiner Stube sitzend kann ich fühlen, wie der morsche Kirchturm hin und her wackelt, jeden Augenblick bereit, unter dem Anprall des Windes auseinanderzufallen. (Uebersetzt von A. S.)

Russische wissenschaftliche Expedition in die Mongolei.

Vor einiger Zeit hatte Sowjetrußland eine wissenschaftliche Expedition organisiert zwecks Erforschung der Mongolei und der Gobiwüste. Die Expedition war, wie in der russischen „Krasnaja Swesda“ berichtet wird, die erste in ihrer Art, die das Risiko übernahm, sich im Automobil nach der mongolischen Steppe und der Gobiwüste zu begeben. Im Auto, das von Man-Bator-Hoto, d. h. der Stadt der roten Helden — so ist Urga umbenannt worden — aufbrach, saßen vier Personen: ein Geologe und Paläontologe, sein Assistent, der Chauffeur und ein Mongole als Führer. Das wissenschaftliche Komitee der Mongolei hatte den Auftrag, einen Arbeitsplan für zehn Jahre zu verfassen, zwecks physikalisch-geographischer Forschung und Aufklärung der geologischen Eigenart des Landes.

Zuerst nahm die Expedition den Weg nach Südosten in die Gegend des Flusses Orchoa und dessen Nebenflusses Dschir-Hofanet. Dieser letztere fließt durch die Brandtschiefer, die seit Tausenden von Jahren auf der Oberfläche der Erde unberührt liegen. Diese Brandtschiefer stellen einen geradezu unerhörten Reichtum des Landes dar.

Die Forscher haben eine Schicht des Schiefers getroffen, die 40 Saßen (80 Meier) tief war und sich auf eine Länge von 20 Kilometern ausdehnte. Der nomadische Mongole, der zusammen mit seinen Herden von Ort zu Ort zu wandern pflegt, ahnt selbstverständlich nicht, daß er auf ehemaligem Meeresboden wandert. Nur die scharfen Augen des Geologen konnten unbestreitbare Beweise dafür bringen, daß hier einst die Wellen des Ozeans gestossen sind. In den Sandsteinen sind viele Beweise dafür vorhanden. Hier hat die graue tausendjährige Schicht das Abbild der Scharen des Meereslebens, dort die Abbilder von Meerespflanzen aufbewahrt. Alle diese Überbleibsel der Tier- und Pflanzenwelt der Meeresküste beziehen sich auf die Periode der tertiären Bildung der Erdrinde.

Zwei Wochen hat die Expedition in dieser Gegend zugebracht. Dann begab sie sich in den zentralen Teil der äußeren Mongolei, in das Seenranton, das sich nordwärts der langen Kette des Gobi-Altai ausdehnt. In der Gegend des „Bajin-Daban“, d. h. der reichen Bergeshöhe, haben die Forscher weitere reiche wissenschaftliche Funde aufgedeckt: abgebrochene Stübe der unteren Kinnladen einer Walfischart, gut erhaltene Panzer großer Meereskrebse, einzelne Zähne von solchen Raubtieren, die vor vielen tausend Jahren dort gelebt haben. Sodann begab sich die Expedition nach der vielversprechenden Ortschaft Dscha-Dolta oder Bajin-Djak, wo die Amerikaner im Jahre 1922 den ersten Dinosaurier und dessen Ei gefunden haben. Hier in ihren Geheimgärten hat die Natur tausendjährige Erbschaften aufbewahrt, indem sie sorgsam im Sande Knochen und sogar Eier ihrer seltensten, inzwischen ausgestorbenen Kinder konserviert hat. Die Natur konserviert nämlich derart gut, daß in den Eiern des Dinosauriers, die der amerikanische Gelehrte gefunden hat, Embryonen der Dinosaurierjungens vorgefunden worden sind. Die Expedition hatte auch das Glück, einen ziemlich großen Teil eines Eies, zwei Kinnladen eines Dinosauriers mit gut erhaltenen Zähnen zu entdecken.

Alle Expeditionen, die die Wüste Gobi durchkreuzt haben, sind in der Regel nach Süden und nach Südosten von Man-Bator-Hoto gezogen. Die jetzige Expedition hat eine ganz andere Marschroute gewählt: sie durchschritt die Wüste Gobi von Westen nach Osten. Also gerade durch das Herz der Wüste flog das lähne Auto; das Motorgeräusch störte zum ersten Male den tausendjährigen Schlaf der Wüste. Hier unterwegs hat die Expedition zahlreiche ausgeföhnte Vulkanen getroffen, deren Basis noch auf der Erdoberfläche zu sehen ist. Häufig sind die Vulkanen namentlich in den östlichen Hoshannnen (Kreuzen), die auch unter dem Namen „Das Land der ausgeföhnten Vulkanen“ bekannt sind. Manche von ihnen haben 240 bis 300 Meier Höhe. Es fällt ganz besonders ein Vulkan auf, den die Mongolen Lun d. h. den Drachen, nennen. Bei den Mongolen sind noch bis heute Legenden über die „feurigen Berge“ erhalten. Auch jetzt hegen die Mongolen noch abergläubische Verehrung für jeden dieser Hügel und Berge. Dr. Kriasches Beghlan.

Heitere Anekdoten aus der Musikgeschichte.

Mark Twain lernte einen berühmten Pianisten kennen und sprach ihm von seiner Verehrung des Klaviers: „Wissen Sie, daß ich dem Klavier überhaupt meine Existenz verdanke?“ „Erzählen!“ bestürzte man den Humoristen. „In meiner Jugend,“ berichtete Mark Twain, „gabs einmal eine große Ueberschwemmung. . . „Wah! Wohlüchtigkeitskonzert!“ lächelte der Pianist. „Nein, aber aus das Wasser unser Haus erreichte, setzte sich mein Vater in eine Bettelstube und schwamm darin ans Ufer; und ich begleitete ihn auf dem Klavier!“

Als Hans Pfitzner seine Kantate „von deutscher Seele“ mit dem Gewandhausorchester probte, „pöhte“ ein Bißer ganz fürchterlich. Pfitzner kopfte ab und bemerkte, daß die Noten so nicht in der Partitur stehen. Gedämpfte Stimme aus dem Orchester: „Do gänne ähnd emah heern, wies indr heitschen Seele heitzendanche in Wirglicheit aussih!“

Im Pfarrhause eines eben belehten jerdischen Dorfes sah ein musikbegabter österreichischer Hauptmann am Klavier und spielte dem Kriegsberichterstatter Roda Roda launerschnitte Wiener Walzer vor. Plötzlich öffnete sich die Tür und der Kopf eines schächlichen Landsturmannes erschien; verschwand gleich wieder: „Entschuldigung, mir dachtn, hier wäre a Buff!“ (Roda Roda benennt diese Geschichte: „Nacht der Ruß!“)

Der theoriegewaltige Jadasohn entließ seinen jugendlich-ungekürzten Schüler Buzant mit folgender Abschiedsrede: „Sä sinn ä jungler Mann, Sä sin ä begabdr Mann. Sä wärn Ihn Wäch schon machn. Sis Ihnen ja och schon allerhand Hübches eingefallen — wir wollen nich weidr drübbr redn. Nur wenn Ihnen, was Gode orhiedn meege, ma nichd mehr einfallen sollde, so härtse uff mich: nähntse de Blossgr vor; schreintse meintsdächn de Dhenn von hindn nach hurne — kommd immer noch mehr dabei heraus als so . . .“

Einem weniger begabten Schüler eröffnete Jadasohn: „Seintse froh, dasses Schiebhuß schon erfundn is; Sie häddn nichems s Zahnhuß erfunden genn!“

Eine Hofdame erkundigte sich nach der Aufführung eines Regerschen Wertes mit obligatem Kontrabass bei dem Komponisten, ob denn die tiefen grunzenden Töne tatsächlich von dem schwächlichen und engbrüstigen Fagottisten durch bloßes Blasen mit dem Mund hervorgebracht seien? „Das will ich stark hoffen!“ antwortete Regner.

Völker, die nicht zählen können. Die einfache und doch so wunderbare Methode, mit Hilfe von zehn Ziffern alle Zahlen bis zu grenzenlosen Werten hinauf auszudrücken, steht die Kulturvölker insofern, die feinsten Unterscheidungen durch Zahlenwerte vorzunehmen. Es gibt aber auch Menschen, die in dieser Beziehung weit anspruchsloser sind. Dr. Fritz Köhler berichtet in seinem (eben bei F. A. Brockhaus in Leipzig erschienenen) Buch „Brasilien heute und morgen“ von seinem Besuch der Indianerreservationen. Die dortigen Indianer haben in ihrer Sprache keine Worte für große Zahlen und umschreiben deshalb größere Zahlenpaaren. Ein Indianer antwortete dem Forscher auf die Frage, wie alt er sei, daß er schon zweimal den Bambus habe blühen sehen und dieses Ereignis bald zum dritten Male erleben werde. Da der Bambus nach der Meinung der dortigen Eingeborenen alle 30 Jahre blüht, so muß dieser Indianer schon ein beträchtliches Alter erreicht haben. Wie er dem Forscher erzählte, zählt er sich zu dem Indianerstamm der Raingang, die wiederum zu den Ges-Völkern gehören. Zu diesen sind auch die im Staat Espirito Santo wohnenden Botocuden zu rechnen, die gleichfalls aus dem Gebiete der Zahlenrechnung einen Rekord halten. Sie unterscheiden nur eins und viel. Für zwei und drei haben sie bereits dasselbe Wort; auf sie trifft also die Redensart: „nicht bis drei zählen zu können.“ zu. Daraus mag sich auch der Brauch herleiten, den Namen der Botocuden zur Bezeichnung eines nicht sonderlich hohen Geistesstandpunktes zu benutzen. V. d. Steinen erzählt, daß die Botocuri am Amazonasstrom sich in die Haare fassen, wenn sie Zahlen ausdrücken wollen, die größer sind als sechs, um damit anzudeuten, daß das für sie etwas nicht mehr Zählbares sei. Auch im Innern Australiens gibt es heute noch ganze Völkerschichten, die größere Zahlen als sechs in ihrer Sprache nicht ausdrücken können.

*) Aus „Musikgeschichte in Bildern“ von Alfred Boretzki. (F. A. Ried Verlag, Leipzig).

Die Kreditfähigkeit der Gemeinden.

Der Konkurrenzkampf der Privatwirtschaft.

Unter dem Druck der „Wirtschaftsführer“ ist seit mehr als sechs Monaten ein nach allen Regeln der Strategie geführter Kampf der privaten Wirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft im Gange. Es ist bezeichnend, daß dieser Kampf sich zurzeit nur gegen die öffentliche Wirtschaft der Kommunen richtet. Die Zeit liegt noch nicht weit zurück, da die „Wirtschaftsführer“ hochmütig auf die gesamte öffentliche Wirtschaft herabsehen und der zurechtwärtigen Hoffnung waren, bald die Herrschaft der Wirtschaft über Reich und Staat errichten zu können. Das Blatt hat sich schnell gewendet. Seit jenen Tagen haben Reich und Länder sich als Sanierungsbüroaus aufzumachen müssen, um die private Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten, und man wird die Industriezweige und die Wirtschaftskongresse an den Fingern einer Hand abzählen können, die sich inzwischen nicht hilfesuchend an Reich und Länder gewendet haben. Gegen die öffentliche Wirtschaft in Reich und Staat wagt man daher zurzeit nicht anzutreten. Um so erbitterter geht man gegen die öffentliche Wirtschaft der Kommunen los.

Der Kampf gegen die Gemeindeanleihen.

Nachdem infolge des sozialdemokratischen Widerstandes im Reichstag die Verträge gescheitert sind, die gemeindlichen Wirtschaftsbetriebe steuerlich schwerer als bisher zu belasten, ist man jetzt dazu übergegangen, diesen Zweig der öffentlichen Wirtschaft wie den Kommunen im allgemeinen das Leben dadurch zu erschweren, daß man sie in der so dringenden notwendigen Aufnahme von Anleihemitteln so sehr als irgend möglich beschränkt. Zu solchem Vorgehen bedarf man der Zustimmung des Parlaments nicht. Dieses Ziel wurde daher erreicht, und zwar insbesondere, weil der privaten Wirtschaft in dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ein mächtiger Förderer erstand. Die Stellungnahme von Dr. Schacht entspricht mehr der seiner früheren Position als Leiter einer der Großbanken als der des Hauptes des Zentralinstitutes des Reichs, das allen Zweigen der Wirtschaft das gleiche Interesse und Wohlwollen entgegenbringen sollte. Unter dem Einfluß von Dr. Schacht sind denn auch alle in Betracht kommenden Regierungsstellen in Reich und Staat in die von ihm vorherbezeichnete Linie eingeschwenkt und die im Reichsfinanzministerium eingerichtete und unter dem Vorhinein eines Vertreters des Reichsfinanzministers tagende „Anleiheberatungskommission“ ist die Körperschaft, die die Aufnahme von Kommunalanleihen zunächst zu unterbinden hat. Dem neuen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, der jedem Druck der Wirtschaftskreise bereitwillig nachgibt, war es vorbehalten, die Zusage zu geben, daß ihr Wirkungsbereich auch auf inländische Anleihen ausgedehnt werden solle.

Die Drahtzieher des Kampfes geben vor, daß in den Gemeinden nerkundlicherweise gemindert werden. Die Kommunen müßten zur Sparsamkeit erzogen werden. Je reichlicher ihnen aber Anleihemittel zuzuführen, um so größer werde die Verschwendungssucht werden. In Wirklichkeit ist das treibende Motiv die Befürchtung einer Eingengung des Anleihemarktes zugunsten der Industrie und der Konkurrenzneid der privaten Wirtschaft gegen die immer mehr erstarkenden Wirtschaftsbetriebe der Gemeinden. Daß man durch solches Vorgehen die Kommunen nicht nur auf das schwerste in der Ausübung ihrer sozialen Pflichten hemmt, sondern zugleich ihnen und ihren Betrieben alle Entwicklungsmöglichkeiten unterbindet, ist der gemollte Zweck der Leistung.

Anleihestatistik.

Es gibt nun leider keine offizielle Statistik, aus der ersichtlich wäre, in welchen Beträgen und unter welchen Bedingungen Staaten, Kommunen, Provinzen sowie die Industrie im Ausland und Inlande Anleihen aufnehmen konnten. Eine Berliner Großbank veröffentlicht indes fortlaufend derartige Uebersichten. Wird man solchen privaten Uebersichten auch unbedingt Zuverlässigkeit nicht zusprechen können, so geben sie doch ein Bild von der Sachlage, das sich nicht allzuvweit von den tatsächlichen Vorgängen entfernen wird. Eine von uns aus diesen chronologischen Uebersichten für unsere Zwecke gefertigte Zusammenstellung ergibt die folgenden Resultate:

Es konnten bis Mitte April im ganzen aufgenommen werden:	
a) im Ausland	70 Mill. Schw. Fr. u. 507,5 Mill. Doll.
In der Dollarsumme sind die in England und Holland untergebrachten Anleihen, umgerechnet in amerikanische Währung, enthalten.	
Von diesen Endsummen entfallen auf	
I. Länder	47,5 Mill. Doll.
außer dem Vaden	40 Mill. Schw. Fr.
II. Kommunen und Kommunalverbände, Provinzen u. Provinzialverb.	163,8
III. Kommunale und provinzi. Elektrizitätswerte	85,0
außerdem	
Berlin. Elektrizitätswerte	80 Mill. Schw. Fr.
IV. Industrie	261,2
	70 Mill. Schw. Fr. 507,5 Mill. Doll.
b) im Inland wurden aufgenommen	761,8 Mill. Mark
und zwar von	
I. Ländern	357,0
II. Kommunen und Kommunalverbänden, Provinzen und Provinzialverbänden	322,4
III. kommunalen u. provinzi. Elektrizitätswerten	—
IV. Industrie	182,4
	761,8 Mill. Mark

Während also bei den ausländischen Anleihen die Industrie erheblich überwiegt, stehen bei den inländischen Anleihen die Gemeinden und Gemeindeverbände an der Spitze. Im einzelnen ist zu bemerken:

I. Der Zinssatz, den die Länder für die ausländischen Anleihen zahlen müssen, schwankt zwischen 5% (Hamburg) bis 7% und beträgt in der Mehrzahl der Fälle 7%. Der Ausgabekurs pendelt zwischen 88% bis 100% (Hamburg) und beträgt meistens 94%. Die Laufzeit geht von einem Jahr (Hamburg) bis zu 20 Jahren und beträgt meist 20 Jahre.

Die inländischen Anleihen der Länder sind mit 6% bis 7%, meistens mit 6% Proz. zu verzinsen; sie wurden ausgegeben meistens zu 97 bis 98 Proz. und haben in der Mehrzahl der Fälle eine Laufzeit von drei Jahren.

II. Die Kommunen und Provinzen haben für das ausländische Geld 7 Proz. zu bezahlen. Der Ausgabekurs betrug zwischen 87 bis 100 Proz., meistens 94%. Die Laufzeit dauert zwischen 10 bis 25 Jahre, meistens 20 Jahre. Nur Berlin und Köln brauchen ihre Anleihen von 15 bzw. 10 Millionen Dollar bei einem Ausgabekurs von 89 bzw. 87% Proz. nur mit 6% Proz. zu verzinsen.

Für die inländischen Anleihen haben die Kommunen mit nur zwei Ausnahmen (wieder Berlin und Köln) höhere Zinsen, nämlich 8 Proz. zu zahlen. Der Ausgabekurs schwankt zwischen 83 bis 100 Proz., die Laufzeit zwischen 3 bis 25 Jahre.

III. Die Bedingungen, unter denen die kommunalen und provinziellen Elektrizitätswerte ausländisches Geld erhielten, entsprechen genau denen, die die Kommunen selbst einzugehen hatten. Die Berliner Elektrizitätswerte haben ihre Schweizer Anleihe von 80 Millionen Franken bei einem Emissions-

kurs von 85 Proz. und einer Laufzeit von 15 Jahren (mit festem Goldumrechnungskurs in holländischen Gulden) mit 7 Proz. zu verzinsen.

IV. Die Industrie hat sowohl im Ausland wie im Inland die gleichen Bedingungen für ihre Anleihen eingehen müssen wie die Kommunen. Für das ausländische Geld sind nicht unter 6% und nicht über 7% Proz. für deutsches Geld mit nur drei Ausnahmen 8 Proz. zu zahlen. Bei den ausländischen Anleihen bildet ein Ausgabekurs von 94, bei den inländischen Anleihen ein solcher von 93 Proz. die Regel. Die Laufzeit schwankt zwischen 3 bis 25 Jahre.

Aus unserer Zusammenstellung, mögen ihre Unterlagen auch in dem einen oder anderen Fall nicht bis zur letzten Mark stimmen, geht jedenfalls das eine zweifellos hervor, daß sowohl die ausländischen wie die inländischen Geldgeber die deutschen Kommunen für genau so kreditwürdig halten wie die deutsche Industrie. Das würden sie ganz sicher nicht tun — in Geldangelegenheiten hört befanntlich die Gemütslichkeit auf —, wenn sie glaubten, daß in den Kommunen Verschwendung getrieben und das geliehene Geld nicht produktiven Zwecken zugeführt würde. So kann unsere Zusammenstellung vielleicht ein wenig mit dazu beitragen, den Rebel zu zerstreuen, den die deutschen „Wirtschaftsführer“ aus kurzfristigem Konkurrenzneid um die Wirtschaft der deutschen Kommunen zu breiten versuchen.

Hugo Heimann, R. d. R.

Die Neuverschuldung der Landwirtschaft.

Ohne Aufwertungsschulden 3,1 Milliarden Mark.

Die Inflationszeit bedeutete für die deutsche Landwirtschaft einen einzigen ungeheuren Prozeß künstlicher, aber äußerst wirksamer Schuldentilgung. Da aber gleichzeitig ein sehr großer Teil des Betriebskapitals immobilisiert oder konsumiert wurde, war eine neue Verschuldung unvermeidlich. Ueber das Ausmaß dieser Neuverschuldung gab es bisher in Wesentlichen nur Schätzungen von Interessenten, die naturgemäß sehr unzuverlässig waren. Die Ergebnisse der sorgfältigen Studie, mit der das Institut für Konjunkturforschung in ihrem 1. Vierteljahr 1926 diese Verschuldung nach authentischem, zum Teil vertraulichem Material festzustellen sucht, verdienen daher festgehalten zu werden.

Am wenigsten Schwierigkeiten dürfte die Feststellung der Realverschuldung durch neuaufgenommene Hypothekendarlehen bereitet haben. Sie betrug nach der folgenden Zusammenstellung

Hypothekendarlehen.		
(in Millionen Mark)	am 31. 12. 1925	am 31. 3. 1926
Von öffentlichen Kreditanstalten	588,51	rund 580,00
privaten-Hypothekendarlehen	277,08	300,00
Sparbanken, Versicherungsgesellschaften und anderen	265,00	320,00
Gesamte Realverschuldung	1078,54 *)	rund 1200,00 *)

am 31. Dezember 1925 rund 1,06 Milliarden R. und erhöhte sich bis Ende März auf rund 1,20 Milliarden Mark. Der Vergleich mit der Hypothekendarlehen der Vorkriegszeit ist leider unterlassen. Schätzt man diese aber auf 14—15 Milliarden Mark und berücksichtigt man dabei, daß annähernd 1/2 des landwirtschaftlich genutzten Bodens abgetreten wurde, so ergibt sich eine Neuverschuldung der Landwirtschaft aus Hypothekendarlehen für Ende März 1926 von etwa 10 Proz. des Vorkriegsstandes. Die Zinsbelastung daraus ist natürlich, da in der Vorkriegszeit ein Durchschnittssatz von 4% Proz. in Frage kam, im Verhältnis entsprechend höher. Hinzugerechnet werden müssen die Realverschulden aus den Aufwertungsschulden, die allerdings erst in einigen Jahren praktisch wirksam werden. Da gerade über diese Aufwertungsschulden nur wilde Schätzungen bekannt sind, wäre ihre Feststellung durch eine weitere Untersuchung amtlicher Organe sehr zu wünschen.

Besonders wichtig ist die Feststellung der neuen Personal- und Betriebskreditverschuldung. Dabei ist die vorgenommene Scheidung zwischen solchen Mitteln, die wahrscheinlich auf Dauer der Landwirtschaft zur Verfügung stehen werden und den vorübergehenden Hilfskrediten, die aus der Landwirtschaft in absehbarer Zeit zurückfließen müssen, besonders verdienstlich.

Personal- und Betriebskredite.			
A. Voraussichtlich auf Dauer dafür verfügbare Kredite.			
(in Millionen Mark)	am 31. 12. 25	am 31. 3. 26	am 30. 4. 26
Von der Preußenkasse, Seehandlung und Verkehrskreditbank	85,49	90,08	129,65
Von Sparbanken, Girozentralen, offenen Kreditanstalten	296,86	300,76	315,79
Von Genossenschaften und Verschuldungsvereinen (geschätzt)	350,00	350,00	350,00
Von Privatbanken, sonstige private Kredite	100,00	100,00	100,00
Summa von A.	832,35	840,78	895,44
B. Nicht auf Dauer verfügbare Kredite.			
(in Millionen Mark)	am 31. 12. 25	am 31. 3. 26	am 30. 4. 26
Kontokorrentkredite	587,00	537,00	547,00
Kontokorrentkreditanstalt-Kredite	148,05	148,10	182,30
Unbedingt rückzahlbare Kredite (Reichsbank, Reichs- u. Länderkredite)	363,88	289,16	287,61
Sonderfrankkredite u. Sonderkredite (über Seehandlung u. Reichskreditgesellschaften)	114,04	87,86	95,01
Summe von B.	1211,47	1106,62	1112,62
Dazu kommen von A.	832,35	840,78	895,44
Personal- u. Betriebskredite insg.	2043,82	1947,40	2008,06

Danach bezieht sich also die Summe der Normalkredite, die für die Betriebsführung der Landwirtschaft Ende April dieses Jahres auf Dauer zur Verfügung stehen und nur die Hände wechseln werden, auf 895 Millionen Mark; die Summe der ausgesprochenen Hilfskredite, die abgetragen werden müssen, auf rund 1113 Millionen Mark. Diese Summe ist noch außerordentlich hoch. Und wenn man berücksichtigt, daß von diesen 1113 Mill. im Jahre 1926 680 Mill. und 1927 546,6 Mill. fällig werden, so wird die Frage der Umwandlung dieser kurzfristigen in langfristige Hypothekendarlehen sehr akut; denn mit der Abtragung dieser Verpflichtungen aus den Ernteerträgen ist zu höheren Beträgen kaum zu rechnen.

In diesem Zusammenhang ist die Feststellung des Instituts sehr interessant, die für die Zeit vom 31. Dezember 1925 bis 31. März 1926 für die Hilfskredite einen ebenso starken Rückgang feststellt, wie die Hypothekendarlehen eine Zunahme aufweisen. Während der Anteil der Normalkredite an der Gesamtverschuldung in dieser Zeit

mit 25,8 Proz. derselbe blieb, sank der Anteil der Hilfskredite von 88,7 auf 55,5 Proz., während der Anteil der Hypothekendarlehen von 65,5 auf 38,7 Proz. anstieg. Der Prozeß der Umwandlung der Hilfskredite in langfristige Realschulden ist also, wenn auch noch unzureichend, im Gange.

Für die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft ergeben sich abschließend folgende Ziffern:

(in Mill. Mark)	am 31. 12. 25	am 31. 3. 26
Hypothekendarlehen	rund 1100	rund 1200
Normalkredite	800	800
Hilfskredite	1200	1100
zusammen	rund 3100	3100

Die Gesamtverschuldung ist demnach am 31. März 1926 dieselbe wie am 31. Dezember 1925. Die Hilfskredite haben aber um denselben Betrag abgenommen, um den die Realkredite zunahmen.

Englands Wirtschaftsprobleme.

Im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller hielt Staatssekretär z. D. Professor Dr. Julius Hirsch am Donnerstag einen Vortrag über „Englands Wirtschaftsprobleme und Deutschland“. Redner zeigte zunächst die immer wieder überraschende Größe des englischen „Empire“, das von einer Nation gegründet worden ist, die mit ihren 48 Millionen auf den britischen Inseln nicht 3 Proz. der Menschheit ausmacht. Diese beherrschen unmittelbar ein Weltreich von rund 40 Millionen Menschen, haben fast 30 Proz. allen Erdbodens unter britischer Flagge und wahrscheinlich noch mehr als 1/2, wenn man die abhängigen Staaten und „Interessensphären“ dazu rechnet. Im britischen Reich gewinnt man von aller Wolle der Erde 60 Proz., noch etwas mehr vom Kautschuk, es liefert 70 Proz. der ganzen Goldförderung der Erde, auch der Teegewinnung (trotz China), 89 Proz. des Nudels und 99 Proz. der Zute. Es besitzt ein Drittel des Weltseeflusses und 40 Proz. aller Baumwollspindeln.

Diese größte Weltmacht war wirtschaftlich aufgebaut vor allem auf der Kohle, die nicht nur die Grundlage der englischen Industrie, sondern, weil sie stets als Rückfrachtgut eine „günstige Tonnagebilanz“ sicherte, auch für den großen britischen Welt-handel und das vor allem um deswillen errichtete „Empire“ die Grundlage gab. Die Krönung stellt der weltbeherrschende Londoner Kapitalmarkt der Vorkriegszeit dar.

Das Kohlenproblem, das übrigens gar nicht nur ein englisches, sondern ein solches der Tonnagebilanz ganz Nordwesteuropas ist, muß England jetzt von innerer Not gezwungen lösen. Es steht im Begriffe, seinen zurückgebliebenen Bergbau technisch zu verbessern, eine Elektrizitätswirtschaft größten Stils durchzuführen und große Staatsmittel auf die Arbeiten zur Befruchtung der Kohle zu verwenden. Mit großer Geduld hat es aber die Neugestaltung der Weltmachtverhältnisse, wie sie durch den Erdölreichtum gegeben sind, zu seinen Gunsten zu wenden verstanden. Nicht Amerika, sondern England beherrscht heute die am wenigsten erschöpften Erdölfelder der Erde.

Stärker blieb das Empire. Gemäß zeigen Kolonien und Dominionen Selbstständigkeitsbestrebungen; aber sie alle verbindet das Reichsverteidigungssystem, das sich England über drei Milliarden Mark jährlich kosten läßt, und das vor allem englischen Kolonien die Kostenlast der Landesverteidigung abnimmt. Auf Grund dessen hat England in seinem Empire sich einen Vortugszoll geschaffen, der es im Durchschnitt um 7 Proz. des Warenwertes besser stellt als die konkurrierenden Nationen. Aus seinem Empire zieht es aber den besonderen Vorteil der Extragewinne an monopolisierten Rohstoffen (Bolorationen, wie z. B. Kautschuk), deren Ertrag ebenso hoch veranschlagt wird, wie die Kosten der ganzen Reichsverteidigung.

Wenn dennoch der englische Geld- und Kapitalmarkt die Stellung nicht mehr besitzt, die er vor dem Kriege einnahm, so hauptsächlich deswegen, weil England mit all seinen Mitteln das Mehr an Arbeitskräften nicht beschäftigen konnte, das ihm seit Kriegsende zugewachsen ist. Die Zahl der Erwerbslosen Englands von 1 1/2 Millionen entspricht ziemlich genau dem Zuwachs an Erwerbsfähigen. England hat ganz bewußt eine „Zusammenpressung der Einkommen“ herbeigeführt. Das große Lohnproblem Britanniens ist der Unterschied zwischen den „geschützten“ und den „ungeschützten“ Industrien. Das Gesamtbild ist aber so, daß die englischen Löhne in Gold um etwa ein Viertel höher sind als die deutschen. Einen großen Teil des Betrages also, um den England in seiner Konkurrenzkräft besser steht, wendet es seiner Arbeiterkraft zu und hat darüber hinaus einen erhöhten Massenverbrauch. Das hält vorerst noch seine Kapitalbildung kleiner, als sie vor dem Weltkriege war.

Augenblicklich geht nun der soziale Kampf im Lande lebhafte in die Frage: Mit welcher Mittelkraft läßt sich das Ergebnis der nationalen Arbeit und damit die nationale Konsumkraft so steigern, daß auch die Arbeitslosen noch Arbeit finden.

Das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Großbritannien und Deutschland werde gegenwärtig durch folgende Fragekomplexe beherrscht: England möchte zwar den deutschen Kunden und fürchte den deutschen Konkurrenzanten; darüber hinaus treten aber drei positive gemeinsame Fragen auf: Die Kohlenfrage, bei der die künftige Kohlenkommission die englischen Interessenten öffentlich zu einem Abkommen mit den deutschen Konditionen aufgefordert habe; die Eisenfrage, die damit eng verbunden sei; außerdem die Frage der deutschen Reparationsleistungen, da England keineswegs an allzu großen deutschen Sachleistungen interessiert sei. „Für jede Tonne Kohle, die wir statt Englands auf Ausfuhr liefern, geht ein englischer Bergmann müßig und erhält Arbeitslosenunterstützung.“ Deutschlands wirtschaftliche und politische Führung dürften die sich hier bietenden Möglichkeiten nicht wieder außer acht lassen!

Großhandelsindex.

Die auf den Schlußtag des 26. Mai berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts blieb mit 123,2 gegenüber der Vorwoche fast unverändert. Von den Hauptgruppen haben die Agrarergüsse um 0,3 p. H. auf 122,9 angezogen, während die Industriefstoffe um 0,2 p. H. auf 123,8 zurückgegangen sind.

Das Ausland kauft deutsche Landmaschinen. Wenn die Landmaschinenindustrie Deutschlands bisher unter starkem Abholmangel zu leiden hatte, so trifft dies, soweit der Inlandsmarkt in Frage kommt, auch weiterhin zu, dagegen ist neuerdings, wie in der Generalversammlung der Maschinenfabrik C. Eder, Lichtenberg ausgeführt wurde, eine Reigung des Auslandes, deutsche Landmaschinen zu kaufen, festzustellen. Die Maschinenfabrik C. Eder, deren Bilanz und Geschäftsbericht wir besprochen haben, hat Aussicht auf bedeutende Auslandsaufträge. Sie ist dadurch in der Lage, Reueinstellungen von Arbeitern vorzunehmen, was um so erfreulicher ist, als auch bei C. Eder wie in anderen Betrieben der Landmaschinenindustrie ein erheblicher Arbeiterabbau stattgefunden hat und die meisten der noch beschäftigten Arbeiter verkürzt arbeiten.

Große Verluste an ausländischen Barausfuhren. In dem von uns vor einiger Zeit besprochenen Jahresabschluss der Hoch- und Tiefbaufirma Phil. Holzmann H. G. Frankfurt a. M. fiel es auf, daß keine Dividende verteilt wurde, obwohl der ausgemessene Reingewinn von 1,43 Millionen das leicht erlaubt hätte. Wie im Vorjahre hätten auch diesmal wenigstens 7 Proz. verteilt werden können. Rittstellungen in der Generalversammlung lassen jetzt den Grund dafür erkennen. Danach hat die Gesellschaft zusammen mit der Baufirma Grün u. Bissinger H. G. Mannheim an einem gemeinsam ausgeführten Geschäft im Suezkanal beträchtliche Verluste gehabt, die sich für jede der beiden Gesellschaften auf 900 000 R. belaufen. Wegen der unübersichtlichen Konjunkturmessung die Betriebsmittel zu stärken, wie der Geschäftsbericht ausführt, war also zum mindesten nicht der einzige Grund zur Unterlassung der Dividendenverteilung.